

DAS NESTBESCHMUTZ

antifaschistisches Faltblatt

GÖTTINGEN

Juli 91

INHALTSVERZEICHNIS

Prozesstango um Conny........................ Seite 2
Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft........................ Seite 3
Redebeitrag der Göttinger BürgerInnen........................ Seite 3
Interview mit Antifas aus Leipzig........................ Seite 4
Rassismus auf allen Ebenen........................ Seite 8
Verschiedenes........................ Seite 12

SCHREIBTISCHTÄTER SIND AUCH MÖRDER

ZUR EINSTELLUNG DES ERMITTLUNGSVERFAHREN

Nun ist sie also zu Ende, die juristische Auseinandersetzung um Conny's Ermordung. Ja wir sagen, allen Gerichtsurteilen und GT-Darstellungen zum Trotz, ERMORDUNG. Conny ist von den Bullen beim Einsatz am Idunazentrum in den Tod getrieben worden.

Die Einstellung aller Verfahren in den verschiedenen Instanzen war eigentlich nicht verwunderlich. Verwunderlich ist nur die Dreistigkeit mit der gelogen wurde. Bullen Staatsanwaltschaft, Gerichte, Landesregierung und das GT wollen alle das Gleiche: Für sie soll der "Fall" abgeschlossen werden. Es soll keine weitere Auseinandersetzung mehr stattfinden.
Das ist für uns nicht so. Um dem entgegenzuwirken, werden wir in dieser Ausgabe des Nestbeschmutz verschiedene Artikel zu diesem Bereich andrucken.

Der Redebeitrag der Göttinger Bürger gegen Rechtsextremismus setzt sich mit ihren Polizeierfahrungen auseinander. In diesen Bereich gehört auch der Artikel des Arbeitskreises Recht und Demokratie. Die Presseerklärung der Staatsanwaltschaft drucken wir im vollen Wortlaut ab, um die Unverschämtheit ihrer Verdrehungen zu zeigen. Weiter drucken wir das Flugblatt der Antifa-Koordination/Juzi ab, in dem diese Widersprüche und Lügen beschrieben werden. Ein Punkt ist die Behauptung der Staatsanwaltschaft, daß die begründete Vermutung nahe lag, es hätte sich bei der Gruppe um Conny um die gleichen Leute gehandelt, die vorher an einer Auseinandersetzung mit Faschisten in der Burgstraße beteiligt waren. Deshalb wäre die "Personalienfeststellung" gerechtfertigt. Das stimmt nicht und das weiß auch die Staatsanwaltschaft. Dazu ist es uns aber wichtig zu betonen, daß der Bulleneinsatz genauso wenig zu rechtfertigen ist, wenn es die gleiche Gruppe gewesen wäre. Hier liegt ein wichtiger Grund für unseren Hass auf die Bullen. Sie verfolgen immer die, die gegen Faschisten vorgehen. Durch dieses Verhalten haben die Faschisten in Göttingen mehr Raum für ihre menschenverachtenden Aktivitäten.

In den letzten Monaten Zeitung zu lesen, war grausam. Staatlicher Rassismus, Sexismus und die gehäufte Gewalt auf der Straße gegen ImmigrantInnen machten uns immer wütender. Ab dem 1. Juli droht die größte Abschiebewelle, die wir je gesehen haben. Dazu gibt es einen "Nachrichtenblock", in dem zu lesen ist, was dann hier mit den vielen ImmigrantInnen passieren könnte - und was schon längst in Europa Realität ist. Dieser in Gesetze gegossene Rassismus, der sich europaweit vereinheitlicht und von Bullen und Gerichten durchgesetzt wird, korrespondiert aufs Beste mit dem Rassismus der rechten Schlägerbanden. Die zunehmenden Angriffe auf ImmigrantInnen werden in einem weiteren "Nachrichtenblock" dokumentiert

Das gleiche Wechselspiel zwischen Gesetzgebung, staatlichen Organen und Alltagspraxis zeigt sich bei der alltäglichen Gewalt gegen Frauen und ihrer staatlich legitimierten Unterdrückung - auch hierzu gibt es einen "Nachrichtenblock".
Daß das alles nicht "vom Himmel gefallen" ist, sondern in historischer Kontinuität steht, ist im letzten "Block" nachzulesen, in dem zum Schluß versucht wird zu beschreiben, was das in den "Nachrichten" beschriebene für Konsequenzen für antifaschistische Theorie und Praxis haben sollte....

PROZESS TANGO UM CONNY: DAS LETZTE !

Wenn nach dem Willen der Generalstaatsanwaltschaft Celle verfahren werden soll, wird es keine öffentliche Aufklärung zum Tod von Conny geben.
Wir wollen noch einmal kurz erläutern, worum es bei diesem Verfahren geht:

Am 17.11.89 war Conny mit anderen Menschen unterwegs, weil sie erfahren hatten, daß es wieder einmal zu faschistischen Angriffen gekommen war. Diese Gruppe, die selbst nicht an den Auseinandersetzungen beteiligt war, die eine halbe Stunde zuvor in der Burgstr.

stattgefunden hatte, wurde von der Polizei, insbesondere vom Zivilen StreifenKommando (ZSK) verfolgt und in der schmalen Stichstraße neben dem Iduna-Zentrum von mehreren Seiten angegriffen, um sie "plattzumachen" (Polizeifunkzitat des ZSK unmittelbar davor).

Die Angehörigen flohen in die einzig mögliche Richtung: auf die nicht abgesperrte Weender Landstr. Dabei wurde Conny von einem Auto erfaßt und tödlich verletzt. Die Nazis waren kurz zuvor zur Bushaltestelle geleitet worden (Platzverweis, wie so häufig).

Bis auf seinen tödlichen Ausgang war dieser Polizeieinsatz typisch. Typisch waren auch die Verdrehungen und Verfälschungen vom Göttinger Tageblatt, der Polizei und den meisten PolitikerInnen, die von Auseinandersetzungen zwischen "rivalisierenden Jugendbanden" sprachen. Dies konnte nicht verhindern, daß erstmals eine breite Öffentlichkeit Notiz von faschistischen Übergriffen und der antifaschistischen Gegenwehr nahm und sich die Frage nach dem Charakter und der Verhältnismäßigkeit polizeilicher Einsätze stellte. Auch in anderen Fällen neofaschistischer Gewalt hält sich der Ermittlungseifer der Göttinger Staatsanwaltschaft sehr in Grenzen.
Die Ermittlungen wurden von Staatsanwalt Heimgärtner übernommen, und richteten sich wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Tötung gegen den Autofahrer, dessen Auto Conny erfaßt hatte, und gegen beteiligte Polizeibeamte.
Erst vier Wochen nach dem 17.11. wurden die ersten, im Februar 1990 die letzten der beteiligten Polizeibeamten vernommen, wobei die ersten vernommenen Polizeizeugen jene waren, die erst nach Connys Tod am Iduna eintrafen. Wie gründlich und ernsthaft ermittelt wurde, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß ein Polizeizeuge zunächst total vergessen wurde.
Es bestand also genügend Zeit zur Abstimmung der Aussagen. Im Juni 1990 wurde eine 500 Seiten starke Akte geschlossen, mit dem Ergebnis, daß kein Verfahren eröffnet wird, den Fahrer träfe keine Schuld, die beteiligten Polizeibeamten hätten sich rechtmäßig verhalten.

17.11.89 CONNY W. aus Göttingen wird nach Ende einer Antifaschistischen Aktion von den Bullen vor ein Auto in den Tod geknüppelt

Begründet wird die Einstellung des Ermittlungsverfahrens folgendermaßen:
Bei der Gruppe von AntifaschistInnen, die in der Stichstraße zwischen Maschmühlenweg und Weender Landstraße "einer Personalienfeststellung" unterzogen werden sollte, habe es sich vermutlich um dieselbe Gruppe gehandelt, die vorher an einer Auseinandersetzung mit Nazi-Skins in der Burgstr. beteiligt gewesen sein soll. Um mögliche Zeugen bzw. Beteiligte festzustellen, sei die beabsichtigte Personalienfeststellung und damit der gesamte Polizeieinsatz rechtmäßig gewesen. Außerdem sei die Gruppe teilweise vermummt und mit Knüppeln bewaffnet gewesen, somit erkläre sich, daß fast alle Polizeibeamte zur Eigensicherung den Schlagstock gezogen hätten.

Die Panik, die Conny veranlaßt haben mag, auf die Straße zu laufen, sei auf das Mithören des Funkspruches, daß die Gruppe jetzt "plattgemacht" werden solle, zurückzuführen. Mit "plattmachen" sei aber nicht plattmachen gemeint, sondern dies sei ein polizeiinterner Ausdruck, der soviel heißt wie: Die Personalien sollten festgestellt werden. Den Fahrer träfe keine Schuld, da Conny für ihn "unvorbereitet" (Zitat aus der Presseerklärung Heimgärtners vom 12.6.90) aus dem Verbindungsweg gelaufen sei.
Aha, Conny ist also vor das Auto gelaufen, weil sie sich einer an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt rechtmäßigen Personalienfeststellung entziehen wollte??
Also Conny zu den Akten??

Nein! Die Begründungen der Staatsanwaltschaft, das Verfahren nicht zu eröffnen, sind in keinem Punkt stichhaltig oder einsehbar:
Wie aus dem Augenzeugenbericht zum 17.11. hervorgeht, handelte es sich auf keinen Fall um dieselbe Gruppe, die vorher in der Burgstr. an einer Auseinandersetzung mit Nazi-Skins beteiligt gewesen sein soll. Es waren lediglich Vermutungen der Polizei, die keinen Beweis für die Identität der beiden Gruppen anbringen kann, da es eine Lücke in der Beobachtung zwischen dem Vorfall in der Burgstr. und dem Erscheinen der 2. Gruppe in der Fußgängerzone gibt. Von daher ergab sich also kein zwingender Grund für die angeblich beabsichtigte Personalienfeststellung.
Die Annahme, Conny oder jemand anderes aus der Gruppe habe den Polizeifunk mitgehört und sei deshalb in Panik geraten, ist völlig unrealistisch. Wie der Augenzeugenbericht erklärt, ist sie vor den mit gezogenen Schlagstöcken auf sie zustürmenden Bullen in den laufenden Verkehr geflüchtet. Dieser Augenzeugenbericht wird dadurch erhärtet, daß wenigstens ein Polizeizeuge inhaltlich die gleichen Schilderungen zum Geschehen gemacht hat. Somit wurden die Schlagstöcke an dieser Stelle auch nicht zur Eigensicherung gezogen,

sondern um Einzelne aus der Gruppe gezielt anzugreifen. Denn, und damit kommen wir zum letzten Punkt der Begründung, "plattmachen" heißt im schlimmsten Fall eben genau das, was Conny wiederfahren ist. Es ist kein flapsiger Spruch und auch kein polizeiinterner Ausdruck für die Personalienfeststellung. (Dieser Ausdruck wurde übrigens während der Geiselnahme in Gladbeck gebraucht, bei der das Auto der Geiselnehmer mit Schußwaffen gestürmt wurde).
Für den Autofahrer war die Situation allerdings unvorhersehbar, denn woher hätte er wissen sollen, daß an dieser Stelle ein Polizeieinsatz erfolgte?
Dieser war ja, obwohl er an einer vielbefahrenen dunklen Straße stattfand, in keinster Weise kenntlich gemacht - nicht einmal das Blaulicht der Einsatzwagen war eingeschaltet.
Der Tod von Conny war also kein tragischer Unfall als Folge eines rechtmäßigen Polizeieinsatzes, sondern Folge der Einsatzmentalität und -taktik der Göttinger Polizei, besonders des ZSK. Es war nicht nur grob fahrlässig, den Einsatz in dieser Form in der Weender Landstr. durchzuführen, sondern beabsichtigt, in einer dunklen Seitenstraße außerhalb der Innenstadt massiv gegen AntifaschistInnen vorzugehen, also diese Gruppe gegebenenfalls zusammenzuknüppeln. Der Tod beteiligter Personen wurde billigend in Kauf genommen.
Im September letzten Jahres wurde durch Connys Schwester Beschwerde gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens eingelegt. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß die Generalstaatsanwaltschaft in Celle nach Verstreichen eines halben Jahres Nachermittlungen anordnen mußte. Hier nun kam

es nach sage und schreibe 16 Monaten zur Vernehmung des letzten Polizeizeugen, der nun wirklich genug Zeit hatte, bei seinen mitangeklagten Kollegen zu erfragen, was er auszusagen habe.
Anders die Zeugen, die angeblich mit Conny in der Gruppe unterwegs waren:

Mittels einer langatmigen juristischen Begründung wurde ihnen quasi durch die Blume nahegelegt, die Aussage zu verweigern. So sollte sicher gestellt werden, daß nichts bekräftigt wird, was einer endgültigen Einstellung des Verfahrens im Wege stehen kann. Pikanterweise taucht hier eine Person auf, die in der offiziellen Ermittlungsakte nie erwähnt wurde. Ist es also möglich, daß die Staatsanwaltschaft die Akte für die Nebenklage frisiert hat?!?

Letzte Woche teilte die Generalstaatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Celle lapidar mit, daß sie nach Abschluß der Nachermittlungen zu dem Schluß gekommen ist, daß sich alle beteiligten Polizisten korrekt verhalten haben.

Die Anwälte der Nebenklägerin haben auf insgesamt 55 Seiten unter spezieller Berücksichtigung verkehrstechnischer, polizeitaktischer und juristischer Gesichtspunkte schlüssig dargelegt, warum es in diesm Fall von fahrlässiger Tötung zur Anklage kommen muß. Ohne auf die relevanten Gesichtspunkte einzugehen, wimmelt die Generalstaatsanwaltschaft Celle auf 3 und einer halbe Seite, die reaktionäres Gewäsch als Tatsache darstellen wollen, die begründete Forderung nach Anklageerhebung kategorisch ab.
Ein prägnantes Beispiel für die haarsträubenden Ansichten der Ermittlungsbehörden ist ihre Erklärung zu den damals vor Ort nicht eingeschalteten Blaulichtern: Ein eingeschaltetes Blaulicht hätte zu Provokationen geführt. Darüberhinaus halten sie es für verhältnismäßiger, innerhalb einer Personalienfeststellung einen Menschen in den Tod zu jagen als eine Straße abzusperren.
Unsere Erklärung für die nicht ergriffenen Absperrmaßnahmen ist, daß die AntifaschistInnen in der dunklen Seitengasse ohne viel Aufhebens verprügelt, eben platt gemacht werden sollten.
Diese skandalöse Niederschlagung des Verfahrens wird nicht das letzte Wort gewesen sein.
Ob es auf juristischer Ebene eine Fortsetzung geben wird, ist ungewiß.
In jedem Fall halten wir es für unumgänglich, daß Menschen sich in antifaschistischen Zusammenhängen und ihren jeweiligen Lebensbereichen engagieren.

Antifa-Koordination
im JuZI, Göttingen
Ende Mai 1991



Ausruck der Wut: Im "zweiten Teil" der Demo wurd insgesamt 18 Schaufensterscheiben "entglast" und zahl che Hauswände besprüht. (Foto: t

REDEBEITRAG DER GÖTTINGER BÜRGERINNEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT

(VOM 1.6.91)

Wir, Die Göttinger Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und Gewalt, sind eine Gruppe, die sich nach Connys Tod spontan zusammengefunden hat, um ihr Entsetzen, ihre Trauer und ihren Zorn zu artikulieren. Wir wollten die Ursachen und Hintergründe, die zu diesem gewaltsamen Tod geführt haben, aufhellen und öffentlich machen. Dieser Tod ist die tragische Konsequenz eines polizeilichen Verhaltens, das den rechtsextremistischen Aktivitäten in Göttingen weitgehend tatenlos gegenübersteht, sich jedoch aktiv gegen antifaschistische Gruppen richtet.
Auf den Plakaten und Flugblättern, die nach Connys Tod erschienen, hieß es: Conny von den Bullen in den Tod getrieben. Viele von uns konnten sich die Polizei in solch einer aktiven gewalttätigen Rolle kaum vorstellen.
Doch unsere anschließenden Erfahrungen veränderten unsere Sichtweise. Auf Demonstrationen, Mahnwachen und auch einfach im Alltag trafen wir auf ein Polizeiverhalten, das von Drohgebärden, Aggressionen und Feindbilddenken geprägt war. Wir konnten immer wieder beobachten, wie die Polizei durch massiven Einsatz und unverhältnismäßiges Handeln Konfrontationen provozierte. Die Polizei trat auf, als ob es gälte, Göttingen vor dem Bürgerkrieg zu bewahren.
Unterstützt wurde sie dabei vom Göttinger Tageblatt durch entsprechende Hetzartikel.

Immer wieder haben wir versucht, durch Kontakte, Nachfragen, Gespräche und Briefe zu einer Verbesserung der politischen Kultur in Göttingen beizutragen: Wir wollen verhindern, daß das teilweise massive Auftreten von Neonazis in dieser Stadt verharmlost wird. Und daß diejenigen, die darüber informieren und sich dem entgegenstellen, diskriminiert, schikaniert und kriminalisiert werden. Die Antwort der Polizei hierauf war die Weiterführung brutaler Einsätze und menschenverachtender Strategien.

Von Seiten der Politiker blieben Briefe oft unbeantwortet. Wenn Gespräche zustandekamen, z.B. mit Oberstadtdirektor Schierwater oder Regierungspräsident Dohr aus Braunschweig, mußten wir oft feststellen, daß unsere Bedenken und unsere Kritik nicht ernstgenommen wurden und unsere Vorschläge auf taube Ohren stießen.

Eine unserer Forderungen war und ist die Auflösung des Zivilen Streifenkommandos ZSK. Am Polizeieinsatz, der zu Connys Tod führte, war das ZSK maßgeblich beteiligt. Zu unserem Leidwesen kennen wir die Arbeitsweise der ZSK-Beamten inzwischen. Teilweise aus eigener Erfahrung, teils aus der von Freunden, Bekannten, unseren Kindern, Schüler usw. Und das nicht nur in politischen Zusmmenhängen. Aus diesen Erfahrungen haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Beamten häufig mit Freude einschüchtern, demütigen und oft auch ihre "Einsatzobjekte" quälen. Zu diesem Verhalten fällt uns nur das Attribut "gewalttätig" ein. Der in solchen Fällen zutage getrene Zynismus entspricht exakt dem, der auch in den gelegentlich veröffentlichten Funksprüchen zum Ausdruck kam und der von den verantwortlichen Vorgesetzten immer wieder als flapsige Ausdrucksweise verharmlost und gedeckt wurde. Vor dem Hintergrund dieser eben formulierten Vorwürfe halten wir die Auflösung dieser Polizeiabteilung für einen ganz entscheidenden, unverzichtbaren Schritt. Der Hass, den diese ZSK-Beamten schüren, wird sich solange insgesamt gegen die Polizei richten, wie die Verantwortlichen nicht die notwendigen politischen und persönlichen Konsequenzen ziehen.
Untrennbar verbunden mit dem Protest gegen das Polizeiverhalten ist unsere Kritik an der Verharmlosung des Rechtsextremismus. Neonazistische Angriffe wurden in der Vergangenheit immer wieder heruntergespielt. Dies änderte sich erst, als in der Silvesternacht 90/91 Alex von Neonazis ermordet wurde. Ein wirksames politisches Konzept der Verwaltung, Regierung, des Sozialdezernats usw. gegen neofaschistische Organe und deren Übergriffe fehlt jedoch weiterhin.
Inzwischen werden in allen Teilen Deutschlands Menschen durch Neonazis schikaniert, geschlagen und auch ermordet.

DIEJENIGEN, DIE EINE AUFKLÄRUNG DER VORGÄNGE VOM 17.11.89 BEHINDERT UND VERSCHLEPPT HABEN;
DIEJENIGEN, DIE HOFFEN, DASS GRAS ÜBER DIE SACHE WÄCHST UND POLITISCHE KONSEQUENZEN VERMIEDEN WERDEN KÖNNEN, HABEN SICH VERRECHNET!
ES WÄCHST EINFACH KEIN GRAS DARÜBER.



EINSTELLUNGSBESCHEID DER STAATSANWALTSCHAFT

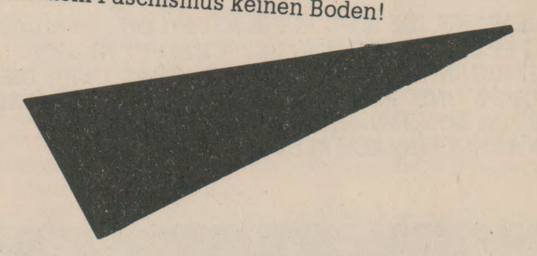
(16.5.91)

(...)
Der angefochtene Bescheid entspricht der Sach- und Rechtslage. Ich trete ihm bei. Auch ihr Beschwerdevorbringen führt zu keiner anderen Beurteilung.
Zunächst ist - in Übereinstimmung mit ihrer Auffassung - davon auszugehen, daß ein zurechenbarer Zusammenhang zwischen der Anordnung "Plattmachen" und dem Tod der Kornelia nicht besteht. Es kann nicht festgestellt werden, daß Kornelia überhaupt Kenntnis von dem Funkverkehr der Polizei gehabt hat. Auch ist sie nicht unmittelbar auf diese Außerung hin über die Straße gelaufen. Zwischen Einsatzbefehl und dem Unfall waren fast 2 Minuten vergangen.
Die beabsichtigte Maßnahme der Polizei (Personalienfeststellung) war sowohl durch 163 b StPO als auch durch 12 Abs. 1 Ziff. 1 Nds. SOG gedeckt.
Zu 163 b StPO hat die Staatsanwaltschaft in ihrem Abschlußvermerk zutreffende Ausführungen gemacht. Dabei kommt es nicht darauf an, daß sich die Lage in der Burgstraße gegen 20.45 Uhr beruhigt hatte und einige der Polizeibeamten die Angelegenheit sodann als erledigt betrachtet haben sollen. Entscheidend ist allein, daß die Einsatzleitung die Personalienfeststellung für erforderlich hielt und diese anordnete. Die von ihnen vorgetragene Auffassung, die Polizei habe im Hinblick auf den Zeitfaktor von einer Identität der an der Auseinandersetzung in der Burgstraße beteiligten Gruppen und der Gruppe um Kornelia nicht ausgehen können, teile ich nicht. ...; es ergibt sich, daß von einem wesentlich längerem Zeitraum auszugehen ist. Das wird schließlich auch durch den Funkverkehr belegt.
Die polizeiliche Maßnahme war auch nach 12 Abs. 1 Ziff. 1 Nds. SOG gedeckt. Eine "Gefahr" i. S. dieser Vorschrift liegt dann vor, wenn eine Sachlage oder ein Verhalten bei ungehindertem Ablauf des objektiv zu erwartenden Geschehens mit Wahrscheinlichkeit ein polizeilich geschütztes Rechtsgut schädigen wird. Dabei genügt auch eine sog. "Anscheinsgefahr".

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen zog die Gruppe um Kornelia durch die Stadt, zum Teil vermummt und mit schaufelstieldicken Knüppeln bewaffnet. Von ihr schien damit eine erhebliche Bedrohung auszugehen, die jederzeit zu einem konkreten Schaden hätten führen können.
Soweit sie den Einsatz deshalb für pflichtwidrig halten, weil eine Belehrung nicht vorgenommen worden ist, ist zu bemerken, daß dazu noch keine Gelegenheit bestanden hatte, weil die Gruppe trotz entsprechender Aufforderung nicht stehengeblieben war. Im übrigen dürfte den Gruppenmitgliedern der Grund der polizeilichen Maßnahmen bekannt gewesen sein, so daß eine Belehrung nicht notwendig war. Das gilt im Hinblick auf die Bewaffnung und Vermummung zumindest für eine Maßnahme nach dem Nds. SOG. Auch die Art und Weise der Durchführung der beabsichtigten Maßnahme begründet keine - strafrechtlich relevante - Pflichtwidrigkeit. Die Feststellung der Personalien sollte im Verbindungsweg stattfinden, wo gerade keine Gefahr vom Straßenverkehr her drohte. Die Beamten wollten offensichtlich jede Provokation vermeiden, so daß auf Blaulicht und Absperrung verzichtet wurde. Für derartige Maßnahmen blieb auch keine Zeit mehr, weil die Gruppe schon dicht an die Weender Landstr. herangekommen war. Im übrigen wäre das Verhältnismäßigkeitsgebot verletzt worden, wenn die Weender Landstr. nur zu dem Zweck abgesperrt worden wäre, eine Personalienfeststellung durchzuführen, zumal zu befürchten gewesen wäre, daß die Gruppe etwaigen Absperrmaßnahmen gewaltsam begegnet wäre.
Aber selbst dann, wenn die Entscheidung, im Verbindungsweg eine Personalienfeststellung durchzuführen, pflichtwidrig gewesen wäre, wäre der Tatbestand der fahrlässigen Tötung nicht erfüllt. Nach herrschender Meinung ist erforderlich, daß das Täterverhalten gerade in seiner Pflichtwidrigkeit für den Erfolg kausal geworden ist. Das ist nicht der Fall, wenn der Täter durch seine Handlung kein rechtlich relevantes Risiko für den Erfolg geschaffen hat. Weder 163 b StPO noch 12 Nds. SOG schützen Personen, die sich bewußt der Personalienfeststellung entziehen. Es mußte daher nicht damit gerechnet werden, daß ein Mitglied der Gruppe plötzlich auf die stark befahrene Weender Landstr. laufen würde, zumal die für Fußgänger begehbaren Straßenkörper neben der Fahrbahn der Weender Landstr. breit genug sind, daß sie sich dort gefahrlos entfernen können.
Anhaltspunkte dafür, daß Kornelia von Polizeibeamten gehetzt worden ist und deshalb "kopflos" über die Straße lief, liegen nicht vor.
(...)

INTERVIEW MIT DER ANTIFA-JUGEND-FRONT AUS LEIPZIG

In einer Nacht- und Nebel-Aktion haben eine NESTBESCHMUTZ-Redakteurin und ein -Redakteur sich nach Leipzig aufgemacht, um nicht immer nur aus den Tageskäseblättern zu hören, wie der Alltag vieler Leute aussieht, die sich kritisch mit der beschissenen Situation in der Ex-DDR auseinandersetzen und die vor allem in das Feindbild der Faschisten passen. So sind wir nach einer beschwerlichen Autotour in Leipzig gelandet und haben einen ganzen Tag gebraucht, bis wir endlich durch Rumfragerei einen Genossen gefunden haben. Na ja, und so ist das Interview relativ spontan gewesen. Es ist nicht einfach, Kontakt herzustellen, weil die Post in die Ex-DDR super-lahmarschig ist und die Antifas kein Telefon haben. Deshalb konnten wir mit den lieben Leuten auch keine Rücksprache mehr halten und hoffen, daß sie trotzdem zufrieden mit dem Abdruck sind. Aus Gründen der Kriminalisierung lassen wir die echten Namen unserer Antifa-Genossen weg. Die Antifas waren 4 Männer, die tierisch nett sind und denen wir herzlich solidarische Grüße rüberschicken. Sie wollten mit uns auch noch ein Interview machen; wir freuen uns schon darauf.
Gemeinsam dem Faschismus keinen Boden!





Nestbeschmutz: Könnt ihr uns mal erzählen, wie und wann eure Antifa-Jugendfront entstanden ist und warum ihr diesen Krams überhaupt angefangen habt?

Antifa-Jugendfront: Wann? Das hängt damit zusammen, daß wir ein Haufen Leute gewesen sind, die eh zusammen hingen, so freundschaftsmäßig. Es waren zwei Gruppen, die, die in Connewitz gewohnt haben, und die, die außerhalb gewohnt haben. Es war eher ein enger Freundeskreis, die die Schnauze voll hatten von den ganzen Fascho-Aktivitäten und sich irgendwann gesagt haben, wir wollen dem irgendwas entgegensetzen. Es war gerade die Zeit der Montagsdemos.(1) Sie rückten immer mehr ab in dieses Schwarz-Rot-Gold-Getaumel und es waren immer mehr Faschos dabei, z.B. Republikaner mit ihrem Stand. Es ging so los, daß sich eher die Punker-Kreise zusammengeschlossen haben und Aktionen dagegen gemacht haben. Dann gab es die Gegendemos, mit Transparenten von uns, und wir uns gesagt haben, wir wollen was dagegen machen. Als das nicht genug war, haben wir uns gesagt, wir wollen richtig eine Gruppe gründen. Der Anstoß zur Jugendfront-Gründung kam durch Besuche in Berlin. In Berlin hatten wir mit Leuten geredet und haben dort welche von der Jugendfront kennengelernt. Wir haben da mitgekriegt, daß das, was sie in Berlin machen, identisch ist mit unseren Vorstellungen. Der Name....wir wollten halt mit jüngeren Leuten an Schulen arbeiten. Damals gab es noch eine andere Antifa, die autonome Antifa, wo ältere waren und Leute aus unserem Alter nicht anerkannt wurden.

Nestbeschmutz: Was habt ihr politisch gemacht, bevor das System zusammengebrochen ist? Habt ihr überhaupt was gemacht?

Antifa-Jugendfront: Politisch haben wir eigentlich wenig gemacht. Damals waren viele von uns noch so pazifistisch drauf. Bei mir hat das '87 angefangen, wo ich den ersten direkten Kontakt mit Faschos hatte. Wir wurden von ihnen tierisch verprügelt, seitdem fing der Hass auf diese Leute an. Das hat sich immer mehr gesteigert, aber man war trotzdem immer noch so pazifistisch drauf. Das hat sich dann aber mit der Zeit gegeben. Sonst konnte man politisch so groß nichts machen. Wenn man in der Schule was gesagt hat, ist man vor den Direktor gegangen, der dann meinte, "bei uns gibts sowas nicht".
Gegen den Staat gings schon immer. Die Wahlen 1989 haben wir mit Ironie gesehen, einfach Lieder drüber gemacht auf der Straße, wo immer die Leute mit den Mänteln dabei waren und es eigentlich ganz lustig war, wie sie uns immer überwacht haben. Aber sonst, irgendwelche größeren Aktivitäten haben wir damals nicht gemacht.

Antifa-Jugendfront: Ich denke schon, daß wir politisch was gemacht haben, und wenn es dieses Ding war, daß wir unsere eigenen Konzerte gemacht haben. Das sieht man vielleicht nicht als Politik, aber irgendwie ist es ja auch 'Was tun'. Wenn in der Schule was gesagt wurde, war es nicht unbedingt ungefährlich. (...). Wir haben '89 schon mitgearbeitet im Anarchistischen Arbeits-Aktionskreis, so nannte er sich damals. Das waren Leute, die sich regelmäßig getroffen haben und eher inhaltliche Sachen gemacht haben. Dieses mit dem Pazifismus-Ding war ganz lange und irgendwann haben dann auch die letzten Leute gesagt, "warum denn? Ich habe keine Lust mehr, mir das bieten zu lassen." Aber eigentlich hatten wir ganz viele Probleme mit der Gewalt gehabt. Das Akzeptieren der Gewalt hat ziemlich lange gedauert. Nicht daß wir eine Gewalt-Combo (Schmunzeln) wären. Es ist schon ein ganz schön langer Entwicklungsweg gewesen - fast ein Jahr. 1989 war dann eh der Zusammenschluß von den zwei Cliquen zur Antifa-Jugendfront. Vorher war es nicht so inhaltlich, eher praktisch was machen und Abhängen. Das war auch politisch, aber eben eher Musik machen und in Bands spielen.



Nestbeschmutz: Jetzt eine umfangreiche Frage. Was hat sich für euch durch den Zerfall der DDR alles geändert?

Antifa-Jugendfront: Seit September habe ich eine Lehre begonnen und ich bin froh, daß ich meine Arbeit noch habe, sage ich ganz ehrlich. Meine antifaschistische Arbeit ist größer geworden.

Antifa-Jugendfront: Was sich auf Fälle verändert hat, ist, daß für uns das Feindbild Staat einfacher geworden ist. Du hast früher viele Sachen gehabt, die du nicht o.k. fandest an diesem Staat, aber wie er sich genannt hat, das war schon in deine Richtung. Jetzt hat sich alles verändert, jetzt steht von vornherein fest, daß er dein Gegner ist. Verändert hat sich, daß die Faschos jetzt auf der Straße sind. Nach der Wende hat das extrem zugenommen. Früher ist immer geleugnet worden, daß es sie gibt. '87 fing das mit dem Nazi-Terror an, da gab es die ersten Zusammenstöße. Da galten sie noch als Randalierer. Auf der Straße konnten sie nicht einfach mit Fascho-Aufnähern rumlaufen. Du hattest auch Ärger gekriegt, wenn du mit "Gegen Nazis"-Aufklebern rumliefst. Das hat sich verändert - einige Sachen sind leichter geworden, ein paar Freiräume hat man jetzt mehr als früher. Es gibt mehr Konzerte, man kommt einfacher an Material, man kann jetzt Kontakte aufnehmen - z.B. mit Göttingen (schmunzel....) - das Sammeln von Wissen und Büchern ist einfacher geworden. Aber als jemand, der sich als Linker versteht, ist die Situation schon bedeutend schwerer geworden. Die Leute sind von dem, was sie als links verstehen, irgendwie abgegessen. Die Leute verbinden halt mit links das, was ihnen vorgesetzt wurde, das, was als "Sozialismus oder Kommunismus" galt. Nach der Wende, wenn wir gesagt haben, wir haben keinen Bock auf Schwarz-Rot-Gold, hieß es, wir wären Stasi-Kinder und so, obwohl einige von uns selbst Probleme mit der Stasi gehabt hatten. Wenn wir jetzt was sagen, wirst du hundertprozentig als einer von der PDS angesehen. Das ist aber einfach nicht so. Die Leute haben jetzt gegen alles, was links ist, ein absolutes Vorurteil. Wir - die Linke, die noch da ist - müssen jetzt eine ganze Menge ausbaden, was in den Köpfen verkehrt gemacht worden ist - halt das Eintrichtern-Wollen von irgendwelchen Sachen.

Nestbeschmutz: Dann könnt ihr ja mal was zur Situation mit den Faschisten jetzt und in letzter Zeit erzählen.

Antifa-Jugendfront: Nach der Vereinigung waren die Fascho-Aktivitäten bedeutend größer - zur Zeit hat sich das ein bisserl gelegt. Es ist nicht mehr so großer Nazi-Terror, aber es sind noch schrecklich viele hier in Leipzig.

Antifa-Jugendfront: Während und nach der Wende war Leipzig drauf und dran, die Nazi-Hochburg zu werden. Das konnte man auch viel lesen. Entweder war das damals in Dresden noch nicht so schlimm, oder man hat es einfach nicht gewußt. Hier ging das so ab: Du bist durch die Straßen gegangen, und hast einfach nur Faschos gesehen. Die waren auch permanent am Aktionen-Machen und überall sind Leute verprügelt worden. In letzter Zeit hat das abgenommen, vielleicht weil sie innerhalb des letzten halben Jahres öfter was auf die Fresse gekriegt haben. Das erste Mal richtige Gegenwehr gab es letztes Jahr am ersten Mai, da haben sich Leute das erste Mal verteidigt - vorher sind sie weggerannt und dadurch sind die Faschos immer mehr geworden. In letzter Zeit steigen die Hooligans auf, wo viele Kids mitrennen, weil es wohl ganz geil ist, den Frust rauszulassen oder so. Das ist eher verständlich.

Antifa-Jugendfront: Ich würde sagen, daß viele Faschisten dieses knallharte, militante deutsche Auftreten abgelegt haben und sich jetzt viel lieber die sportliche Kleidung zulegen, weil das besser in ihr Bild paßt. Das zeigt, daß viele von denen politisch noch nicht gefestigt sind. Rechte und faschistische Sprüche kloppen, Scheiße machen, aber es geht ihnen weniger darum, als die deutschen Super-Teile dazustehen. Die rennen mit englischen Schuhen rum und mit Jacken aus der "dritten Welt", Thailand oder so. Bei Fußballspielen brauchen sie nicht viel zu denken, wenn sie da Randale machen. Wenn sie sich organisieren würden - FAP oder so - dann müßten sie mehr politisch machen. Beim Fußball steht eins schon fest: sie brauchen nur ihre rechten Sprüche kloppen und gelten schon als rechtsradikal. Das wollen die ja nur: bloß als Rechtsradikale gelten und nicht dafür noch irgendwas tun. Sie sind zu faul, für ihre Ziele zu arbeiten. Deswegen gehen sie lieber zum Fußball und machen ab und zu Randale, lassen ihren Frust raus und gelten dann als die deutschen Fighter.

Antifa-Jugendfront: Ich denke, daß wir zum Teil das eine zeitlang falsch eingeschätzt haben oder vielleicht war es auch anders. Zwischendurch war das schon so, daß ziemlich viele von diesen Schlägern, Fascho-Kids angefangen haben, sich zu organisieren - Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND), was später zur NPD geworden ist, und JN (2) - und mittlerweile ist es so, daß Faschos, die ich persönlich kenne, mehr so mit Scheitel rumlaufen, eher so schnieke und schicki, und nicht mehr so in dem Sinne faschomäßig drauf sind, jedenfalls nicht polit-faschomäßig wie in einer Partei. Es gibt natürlich auch Parteigänger unter ihnen, und das sind schon nicht wenige, aber nicht so wahnsinnig viele, wie wir immer gedacht haben. Es gibt noch diese Schlägergangs, aber die meisten, die noch vor Monaten mit Bomberjacken und stolzen Deutschen drauf rumliefen, haben jetzt fast alle Jeansjacken an und machen einen auf Hool. Sie sind nicht unbedingt in einer Partei. Es sind schon rassistische Schläger, aber vielleicht haben sie auch einfach keinen Bock, sich in Parteien zu organisieren.

Nestbeschmutz: War das mit den Hooligans schon immer so?

Antifa-Jugendfront: Doch, das war immer so. Randale und Schlägereien gab es immer. Da waren es Fans, die sich geprügelt haben bei Fußballspielen - nicht in dem Ausmaß wie heute. Sie sehen heute im Fernsehen, wie sich Leute mit den Bullen prügeln und finden das einfach cool und wollen auch so cool dastehen.

Antifa-Jugendfront: Früher ging es härter mit ihnen ab, nicht nur ein paar Tage Untersuchungshaft.

Nestbeschmutz: Welche faschistischen Parteien sind hier am stärksten?

Antifa-Jugendfront: Auf alle Fälle die Wiking-Jugend; wir wissen allerdings nicht, wie stark sie ist. Wir kennen einige Leute, die drin sind. Ich persönlich vermute, daß da gar nicht so viele drin sind. Im Stadtbezirk Schönefeld gibt es die "Hitlerjugend Schönefeld" (3), da sind eher so Kids drin. Die werden in einem Haus, das von der Wiking-Jugend bewohnt wird, beschäftigt

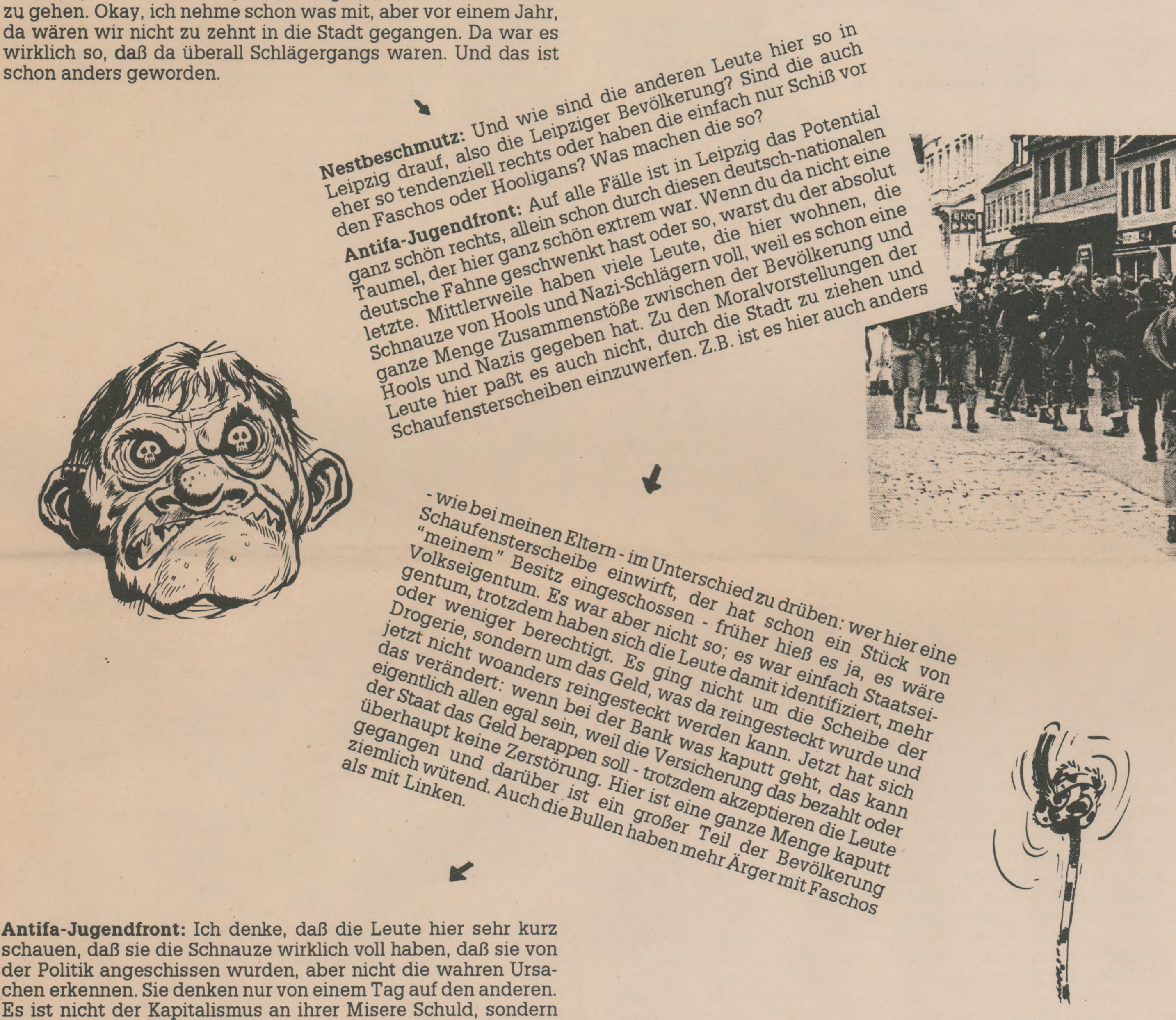


und geschult. Mittlerweise hat sich das Spektrum über MND und NPD zur FAP verschoben, was man an Aufklebern und Spuckis beobachten kann. Aber man sieht eigentlich nicht mehr so viel. Damals haben wir am meisten NPD gesehen, vor der Wahlzeit, und zwar massiv. Da gab es auch eine DVU-Demo. Aber die Faschos waren nicht so festgelegt hier. Die wären montags bei einer REP-Veranstaltung gewesen, dienstags bei einer DVU-

Demo und hätten mittwochs NPD-Plakate geklebt. Die Härteren haben sich mittlerweile zur FAP gekehrt; und viele überhaupt weg von den Parteien, glaube ich.

Antifa-Jugendfront: Jetzt sind sie eher so organisiert wie früher - nämlich in Gangs, stadtbezirksmäßig. In Schönefeld ist es halt die "Hitlerjugend", in Reubnitz sind es die "Reubnitzer Rechten" und in Grünau der "SA-Sturm Lausen". Das sind Gruppen, die durch eine Person bestimmt sind, so nach dem Führerprinzip. Wenn eine Gruppe zu groß wird, spaltet sie sich, wie das bei normalen Straßengangs so üblich ist. Es ist nicht so eine große Anzahl von Leuten, die da zusammenhängen, sondern nur Gruppen, die sich beim Fußball oder bei Aktionen treffen. Die Kommunikation besteht immer nur innerhalb der Gruppen - das sind dann 10 bia 20 Leute.

Antifa-Jugendfront: Was man noch dazu sagen muß: es ist weniger geworden. Es war mal richtig Mode, Fascho zu sein. Es war wohl so, wie auch Psychologen sagten, daß Fascho sein bedeutete, am stärksten gegen die herrschenden, Wertvorstellungen zu sein, die antifaschistisch genannt wurden. Man war plötzlich radikal gegen alles, was vorher war. Und rechtsradikal ist halt genau das Gegenteil von dem, was vorher war. Mittlerweile ist diese Mode ein bißchen zurückgegangen. Es gibt nicht mehr allzu viele, die den tierischen Bock hätten, sich straffen Organisationen unterzuordnen. Die Meinungen sind aber trotzdem da, dieses rechte Potential. In der Stadt sieht man jetzt ein paar Bübchen, mit gescheitelten Haaren, ziemlich straff, die bei den Skatern mit dabei sind und zugucken. Die Skater sind so 12 Jahre und sind ziemlich gut drauf, haben auch ein paar gute Sprüche auf Lager. Es gibt immer mehr Leute, die sich in Gangs organisieren, was vor ein,zwei Jahren noch nicht so war, und sich wirklichere Feinde suchen als die ausländischen Leute oder vielleicht einen Bruch machen. Auf alle Fälle ist es schon eine Veränderung, die jetzt läuft und ziemlich deutlich zu sehen ist. Ich habe jetzt z.B. überhaupt keine Angst, alleine durch die Stadt zu gehen. Okay, ich nehme schon was mit, aber vor einem Jahr, da wären wir nicht zu zehnt in die Stadt gegangen. Da war es wirklich so, daß da überall Schlägergangs waren. Und das ist schon anders geworden.



Nestbeschmutz: Und wie sind die anderen Leute hier so in Leipzig drauf, also die Leipziger Bevölkerung? Sind die auch eher so tendenziell rechts oder haben die einfach nur Schiß vor den Faschos oder Hooligans? Was machen die so?

Antifa-Jugendfront: Auf alle Fälle ist in Leipzig das Potential ganz schön rechts, allein schon durch diesen deutsch-nationalen Taumel, der hier ganz schön extrem war. Wenn du da nicht eine deutsche Fahne geschwenkt hast oder so, warst du der absolut letzte. Mittlerweile haben viele Leute, die hier wohnen, die Schnauze von Hools und Nazi-Schlägern voll, weil es schon eine ganze Menge Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und Hools und Nazis gegeben hat. Zu den Moralvorstellungen der Leute hier paßt es auch nicht, durch die Stadt zu ziehen und Schaufensterscheiben einzuwerfen. Z.B. ist es hier auch anders - wie bei meinen Eltern - im Unterschied zu drüben: wer hier eine Schaufensterscheibe einwirft, der hat schon ein Stück von "meinem" Besitz eingeschossen - früher hieß es ja, es wäre Volkseigentum. Es war aber nicht so; es war einfach Staatseigentum, trotzdem haben sich die Leute damit identifiziert, mehr oder weniger berechtigt. Es ging nicht um die Scheibe der Drogerie, sondern um das Geld, was da reingesteckt wurde und jetzt nicht woanders reingesteckt werden kann. Jetzt hat sich das verändert: wenn bei der Bank was kaputt geht, das kann eigentlich allen egal sein, weil die Versicherung das bezahlt oder der Staat das Geld berappen soll - trotzdem akzeptieren die Leute überhaupt keine Zerstörung. Hier ist eine ganze Menge kaputt gegangen und darüber ist ein großer Teil der Bevölkerung ziemlich wütend. Auch die Bullen haben mehr Ärger mit Faschos als mit Linken.

Antifa-Jugendfront: Ich denke, daß die Leute hier sehr kurz schauen, daß sie die Schnauze wirklich voll haben, daß sie von der Politik angeschissen wurden, aber nicht die wahren Ursachen erkennen. Sie denken nur von einem Tag auf den anderen. Es ist nicht der Kapitalismus an ihrer Misere Schuld, sondern einfach nur irgendwelche Stasi-Typen, die noch immer an irgendwelchen Hebeln rumdrehen. Sie machen sich das ganz einfach. Wenn sie arbeitslos werden, war das nicht der Betriebsdirektor oder der Chef, der ihnen gekündigt hat, sondern der Ausländer oder die Ausländerin - für die aber nur **der** Ausländer -, der ihnen den Job weggenommen hat. Die Leute sind meines Erachtens erschreckend antisemitisch, also das sich in den letzten 43 Jahren nicht großartig geändert. Es ist jetzt etwas völlig normales, einen Judenwitz zu erzählen und alle Prolls in der Kneipe lachen.

Antifa-Jugendfront: Das war aber wirklich vorher auch so.

Antifa-Jugendfront: Ja, klar. Auf jeden Fall. Die Leute sind dermaßen ausländerfeindlich, das ist ihnen in Mark und Knochen übergegangen. Das ist völlig normal, obwohl wir bloß ein Prozent Ausländeranteil haben. In Westeuropa leben 8 Prozent Ausländer, und die Leute hier werden sich dann schon umgucken.

Antifa-Jugendfront: Man muß noch sagen, daß die ausländischen Leute vorher völlig isoliert wurden. Da ist nie ein Kontakt zustande gekommen - wie es z.B. der ausländischen Familie nebenan geht.

Antifa-Jugendfront: Das war die aus dem Ghetto.

Antifa-Jugendfront: Die hatten ihre eigenen Wohnblöcke. Da sind dann Leute hingegangen und haben abgekotzt. Wenn die Deutschen jetzt eine Wohnung suchen, keine finden und in der Stadt nur kaputte sehen, fällt ihr Blick sofort auf die Wohnblöcke der Ausländer - und dann kotzen sie ab, weil sie denken, die kriegen eine Wohnung. Aber die Ausländer sind halt völlig isoliert. Die denken halt nicht weiter, warum nicht andere Häuser gebaut oder warum die Häuser nicht saniert werden. Da bleibt nur der einfache Weg, und der wird dir auch noch ziemlich eingetrichtert. Und es ist falsch zu sagen, das wäre erst seit der Wende so. Die Ausländerfeindlichkeit war auch vor der Wende ganz stark. Es hat niemand mit den Ausländern was zu tun gehabt, man kann aber auch gar nicht an sie ran. Die sind hierher gekommen, haben hier studiert, haben in den Betrieben die absolute Dreckarbeit gemacht - ich habe das selbst gesehen, als ich PA gemacht habe, d.h. als ich im Betrieb gearbeitet habe. Die haben da an Maschinen gearbeitet, wo gesagt wurde, da kann man zwei Jahre dran arbeiten und danach ist deine Lunge kaputt. Da haben die dran gearbeitet und sind danach in ihr Land zurückgekehrt. Das war normal - dieser Kreislauf. Deswegen ist es für mich ein ziemlich wichtiger Punkt, daß es für die Leute überhaupt nicht verständlich ist, wenn ein Ausländer sagt, er will hier bleiben, ich will nicht zurück. Es ist genauso schlimm wie vorher.

Antifa-Jugendfront: Man könnte grob sagen, daß die Einstellung der Bevölkerung so ist, daß für alle Fragen, die das Leben aufwirft und womit man sich jeden Tag beschäftigen muß, sehr primitive Antworten gefunden und auch benutzt werden. Es wird kaum nach den wirklichen Ursachen gefragt oder wie was zusammenhängt. Es steht halt so in der BILD-Zeitung und Punkt. Es hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, daß das eigene Meinungsbild früher wenig gefragt war. Deshalb kommen sie auch nicht aus dem Arsch. Alle jammern rum, daß sie keine Wohnung kriegen, aber wenn sie mal aus dem Arsch kämen, wär das kein Problem, eine Wohnung zu finden. Es steht doch alles leer, man braucht bloß zuzugreifen.

Antifa-Jugendfront: Die ganze Zeit hatten die Leute nie die Chance, politische Arbeit zu machen oder haben sie nicht genutzt - und das machen sie jetzt auch nicht. Wenn man fragt, warum machst du nicht Politik, sagen sie, bin ich Politiker oder was? So in der Art, das müssen halt andere machen, ich kann nur das machen, was mir vorgegeben wird. Sie nehmen einfach nur die Phrasen, die hingeworfen werden, auf und quatschen das nach, aus der BILD-Zeitung z.B.

Antifa-Jugendfront: Ich denke, daß der Normalbürger sich denkt, daß die Gefahr nicht vom Staat ausgeht, weil es keine Stasi mehr gibt. Die haben das wirklich nicht gerafft, daß das einfach so weitergeht. Darüber machen sich vielleicht meine Eltern Gedanken oder Leute, die ein bißchen weiterdenken, aber der Durchschnittsverbraucher nicht. Der ist doch nicht betroffen. Da wird ein Ausländerwohnheim plattgemacht, na ja, das interessiert ihn nicht weiter. Und bei Fußball-Randale, da muß mehr Polizei ran. Aber warum es so knallt, interessiert doch niemanden. Ich habe mal in meinem alten Betrieb in der BILD-Zeitung gelesen, eine Hooligan-Randale war, weil da noch die alten Stasi-Leute am Hebel sitzen. Das glauben die Leute. Es ist erschreckend, wie dumm hier manche Leute Argumente aufgreifen. Und wie lange das dauert, bis Leute hier Klassenbewußtsein oder irgendsowas mal wieder kriegen, das scheint ewig zu dauern. Wenn hier eine Demo ist, laufen nur Leute aus unserer Szene mit. In anderen Städten ist es ja schon so, daß da Leute, die wirklich was damit zu tun haben, auch mitgehen.

Nestbeschmutz: Könnt ihr was dazu sagen, wie sich die Bullen nach der Wende verhalten? Bei uns ist das halt so, daß mit den Faschos eigentlich fast gar nichts gemacht wird und daß die Antifas immer ziem'ich stark verfolgt werden.

Antifa-Jugendfront: Über die Polizei können wir uns nicht beschweren, bis auf ein paar Ausnahmen, wie voriges Jahr zum ersten Mai.(4)

Antifa-Jugendfront: Wenn das drüben passiert wäre, hätten die uns ruckzuck weggeknüppelt. Vom Allgemeinverhalten der Polizei her sind sie wahnsinnig verunsichert; die trauen sich ja kaum noch, einen Parkzettel auszuschreiben, weil sie Angst haben, vollgeschnauzt zu werden. Ansonsten haben sie jetzt wahnsinnig viel Schreibarbeit, weil die Kriminalität wahnsinnig hochgeht. Und es sind sehr viele Leute rausgeschmissen worden, allein in Leipzig fehlen über 1000 Bullen. Ein Zahlenbeispiel: Berlin hat eine Bullendichte von ein Bulle auf 176 Leute, Bremen hat eine Bullendichte von 1:220 und Leipzig hat 1:760. Das verdeutlicht eigentlich mal, wieviel Spielraum Kriminelle oder wir jetzt hier haben.

Antifa-Jugendfront: Aber die Bullen haben hier viele Probleme, weil sie von Hooligans mit Steinen beworfen werden - linke, militante Demos gibt es hier ja so nicht. Deshalb ist auch das Feindbild klar. Das heißt nicht, daß sie mit Linken oder linken Parteien paktieren würden. Alle, die in die Richtung denken, werden schon rausgeschmissen. Die höheren SED-Leute sind eh raus und die, die jetzt noch eine für uns positivere Meinung haben, sind auch schon rausgeschmissen worden.Ich glaube nicht, daß sich die Bullen über uns beschweren können. Die Linke in Leipzig ist schon ganz schön friedlich.

Antifa-Jugendfront: Gegenüber den Bullen.

Antifa-Jugendfront: Die Kriminalität hier geht eh riesig hoch, die Leute haben keine Angst vor den Bullen, weil das der selbe Knaller ist, der vorher rumgelaufen ist. Der hat die ganze Zeit Scheiße gemacht und jetzt macht er weiter so.

Antifa-Jugendfront: Viele Bullen drüben sind in der Partei, Reps oder so.

Antifa-Jugendfront: Das muß man differenzieren. Es gibt auch schon eine ganze Menge normaler Leute, die sich über viele Sachen Gedanken machen oder denen langsam ein Licht aufgeht. Wenn man sich mit Eltern oder Verwandten unterhält, dann raffen die auch schon mal was. Nicht, daß wir den Stein der Weisen hätten oder besonders schlau wären - wir beschäftigen uns halt damit, intensiver oder bewußter, denke ich mal. Vielen Leuten geht es nur so: solange der Napf voll ist, wird nicht gefragt, wie es weitergeht. Da wird Politik durch den Bauch gemacht.

Antifa-Jugendfront: Dieses Selbst-Nicht-Machen, das zieht sich bis in unsere Szene. Hier sind so viele Häuser leer, hier gibt es trotzdem einfach keine Hausbesetzungen. Das zeigt nur, daß Leute nicht aus dem Arsch kommen, selbst was zu machen. Sie rennen nach Wohnungen rum oder so, hängen zusammen in irgendwelchen Wohnungen, aber besetzen keine Häuser.

Antifa-Jugendfront: Das ist halt mit Arbeit verbunden. Für Leute, die sich drum kümmern, gibts genug Auswahl. Es ist viel einfacher, sich hier eine große, legale Wohnung zu nehmen als in westdeutschen Großstädten, wo man viel Aufwand in abgewrackte, leerstehende Häuser stecken muß. Man braucht hier keinen Handschlag zu machen und zahlt ein bißchen Miete - das wars.

Nestbeschmutz: Ihr meint, das liegt daran, daß die Leute durch die letzten 40 Jahre total eingefahren sind, aber nicht weil sie Angst haben?

Antifa-Jugendfront: Ich denke nicht, daß die Leute Angst haben vor einer kleinen Minderheit von Menschen. Die haben keine Angst vor Hooligans oder vor irgendwelchen Demonstrationen, die sie vielleicht machen könnten.

Nestbeschmutz: Nein, ich meinte, Angst vorm Staat.

Antifa-Jugendfront:: Nö, der Staat ist doch der, der sie beschützt. Die sind alle staatsloyal.

Wer schreit, hat Recht!



Antifa-Jugendfront: ...die sind viel selbstbewußter als hier. Hier kacken die sich bald ein, wenn du sie vollschnauzt, die sind alle in so einem desolaten Zustand, psychisch gesehen. Die trauen sich wirklich nichts, die Bullen. Unsere Bullen, die dürfen bloß den Verkehr regeln.

Antifa-Jugendfront: Z.B. gab es vor einiger Zeit mal ne Umfrage, unter Leipziger Bullen, wieviele von denen Reps wählen würden, und das war damals eine ziemlich erschreckende Zahl. Inzwischen weiß ich nicht mehr so genau, ob sich das so bewahrheiten würde. Ich glaubs eigentlich nicht. Eigentlich ist das so, daß die Bullen irgendwelchen Straftätern hinterherlaufen und keine Chance haben, welche zu kriegen.

Antifa-Jugendfront: Die Aufklärungsrate ist von ehemals 70% auf 36,9% zurückgegangen.

Antifa-Jugendfront: Das einzige, was sie aufklären, sind Morde. Aber alles andere, das ist ziemlich erschreckend - ich hab das jetzt gelesen, wie wenig Vergewaltigungen jetzt aufgeklärt werden, 46% oder so. Oder Diebstähle, vergiß es. Wenn du Pech hast, kannst du die Anzeige gar nicht aufgeben. Vielleicht sind sie auch einfach nur überfordert mit der ganzen Situation jetzt, vor den Bullen hat kaum jemand Respekt. Wenn Bundesgrenzschutz hier anrückt, wie das eine Mal beim Fußballspiel, da sind selbst irgendwelche Ultra-Hools ganz lieb dahergetrottet. Das war, als Dresden hier gespielt hat, oder Berlin - da sollte es die Rache für den erschossenen Hool geben. Da waren Bundesgrenzschutz da, SEK, USK, bayrische Polizei, alles mögliche war da da, da gab es nicht mal Zoff mit den Bullen, weil die sich einfach nicht getraut haben, was zu machen. Das ist auch so eine Sache: irgendeinen dummen Bullen, der hier nebenan um die Ecke wohnt, mit einem Stein zu beschmeißen, das macht Spaß, ist auch keine Kunst. Es ist wirklich so, der Respekt ist nicht da. Sobald andere Bullen da sind, da wird das wohl auch wahrscheinlich anders werden. Ich denke schon, daß die dann Angst kriegen werden, die Hools und so. Wir haben eigentlich weniger Probleme mit den Bullen, aber vielleicht liegt es auch einfach daran, daß von uns auf der Straße nicht so viel militant gegen Bullen läuft. Das wäre auch, glaube ich, falsch zur Zeit.

Antifa-Jugendfront: Ich habe mich neulich mit einem Bullen unterhalten, den ich von der Arbeit kenne, und da habe ich ganz deutlich rausgemerkt, daß der überhaupt nicht checkt, was hier so läuft. Der hat seine Bilder: alle mit Glatze, das sind Skinheads, und die, die einen Iro haben, also einen Irokesenschnitt, das sind die ganz linken, die Radikalen. Die checken halt gar nichts. Da habe ich ihn mal gefragt, was er so machen würde, und er hat gesagt, er würde mit seinen Hunden nur auf die Hools losgehen, weil die immer Randale machen. Die anderen stören ihn nicht, die machen nichts. Die checken auch nichts, wenn hier mal Randale auf der Straße ist zwischen uns und den Faschos.

Antifa-Jugendfront: Die blicken gar nicht durch, wer hier wer ist - ein bunter Haufen, der sich rein vom Äußerlichen überhaupt nicht groß unterscheidet. Dann wissen die nicht, was los ist, und stehen erstmal da.

Antifa-Jugendfront: Meistens ist schon alles vorbei, wenn sie kommen.

Antifa-Jugendfront: So einfach ist es aber nicht. Wir haben jedenfalls in der letzten Zeit drauf geachtet, daß wir es nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, daß die Bullen bisher noch keinen Grund haben, Hass gegen uns zu schieben. Es wäre bei uns echt falsch gewesen, die Bullen bei einer Demo anzugreifen, um eine Bullensperre wegzuräumen. Die Situation mit den Bullen ist hier wirklich anders als in Berlin oder Göttingen.

Nestbeschmutz: Aber kommen jetzt nicht auch bald Bullen aus dem Westen?

Antifa-Jugendfront: Voriges Jahr ging das schon los. Da war diese Umschulung von Leipziger Bullen in Bayern und bayrischen Bullen hier. Wir haben voriges Jahr am 1. Mai gesagt, noch geht's, aber es wird bestimmt bald schlimmer. Aber es ist zur Zeit noch nicht schlimmer geworden. Aber man muß dazu auch sagen, daß hier keine Scherbendemo durch die Stadt geht oder so, z.B. zum Golfkrieg. Es ist hier halt immer noch ganz schön friedlich.

Antifa-Jugendfront: Aber wenn wir uns aus irgendeinem Grund mal gegen die Bullen stellen, dann wird es abgehen - z.b. wenn eine Bank entglast wird oder wir ein Faschohaus angreifen und die Bullen das schützen würden. Dann wird es sich anders einschleifen. Und irgendwann, hoffe ich, wird ja die Linke mal aktiver gegen die Faschos und ist eher eine "linke Randale" angesagt ist als Hooligan-Randale. Dann sind die Bullen eh gegen uns, dann müssen wir uns nicht den Kopf machen. Aber zur Zeit wäre es falsch, das Verhältnis zu den Bullen leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Das heißt nicht, Rücksicht zu nehmen. Jetzt Bullen ohne triftigen Grund mit Steinen zu beschmeißen, wäre einfach Blödsinn.

Nestbeschmutz: Wie seht denn eure antifaschistische Arbeit aus, das, was ihr so macht?
(Gelächter)

Antifa-Jugendfront: Wir haben uns vorgenommen, an Schulen zu arbeiten, mit Leuten aus der siebten bis zur zehnten Klasse oder so. Wir wollen Schulgruppen aufbauen, und Selbstschutzgruppen - und Aufklärungsarbeit, gerade um dem vorzubeugen, daß vordergründige Ursachen für die Misere angenommen werden. Wir wollen tiefgründiger versuchen, was zu erklären, warum Sachen so sind und nicht anders, und an was das liegt.



Wir versuchen, das - so gut wie wir den Durchblick haben - zu übersetzen. Wenn du einem Kid aus der siebten Klasse so ein schwieriges Buch in die Hand drückst, dann verstehen die das nicht, aber wenn du das erklärst, dann ist das schon was anderes. Und dann versuchen wir halt auch, anders zu leben, und dadurch was zu machen. Wenn ich mal in unserem Umfeld gucke, verändert sich schon was, z.B. bei Leuten, die jetzt dazustoßen, die wir vor ein paar Monaten nicht kannten und jetzt mit uns zusammen abhängen. Wir versuchen, politische Arbeit mit Kids zu machen. Allerdings machen wir nicht nur Aufklärungsarbeit.

Antifa-Jugendfront: Wir machen auch Aktionen, aber über die reden wir hier nicht.

Nestbeschmutz: Aber eins würde uns nochmal interessieren: ihr habt vorhin erzählt, daß ihr früher viel pazifistischer ward. Ist das jetzt anerkannt unter euch Linken, daß man Faschos auch was aufs Maul hauen kann?

Antifa-Jugendfront: Mit dem "wir" würde ich mal ein bisserl differenzieren. Ich glaube nicht, daß wir großartig pazifistisch waren.

Antifa-Jugendfront: Doch.

Antifa-Jugendfront: Aber nur ganz wenig, würde ich mal sagen.

Antifa-Jugendfront: Doch. Ziemlich viele. Denk mal an die Anfangszeit.

Antifa-Jugendfront: Da war es dann aber eher die Angst, daß nichts gemacht wurde.

Antifa-Jugendfront: Einige Leute sind schon früher eher Pazifisten gewesen.

Antifa-Jugendfront: Ich kann das vielleicht mal an einem einfachen Beispiel erläutern. Ich habe früher den Dienst an der Waffe verweigert, habe Riesenärger dadurch gekriegt, auch als ich mit der Lehre angefangen habe. Ich hatte gesagt, ich fasse nie eine Waffe an und danach ist es dann so gekommen, daß man jetzt hier mit Gaspistole rumläuft - das ist halt irgendwie normal.



Antifa-Jugendfront: Bei einigen anderen war das so - die haben sich gedacht, ich muß mich verteidigen, aber wie mache ich das denn? Ich kenne einen, der war früher überzeugter Pazifist, so christlich, und irgendwann lief er dann halt mit einer Knarre (5) rum, weil er keine Lust mehr hatte, sich aufmischen zu lassen. Es gibt aber Unterschiede in der Leipziger Szene. Bei uns ist das so, daß es völlig okay ist, wenn jemand sagt, ich habe Angst und will keine Gewalt, aber es akzeptiert, wenn andere sich wehren. Ich denke, das ist eine ziemlich gute Sache bei uns in der Gruppe. Zwischendurch gab es eine Zeit, wo das ein paar Leute im Hinterkopf vielleicht doch nicht anerkannt hatten, aber das ist jetzt anders. In anderen Gruppen, z.B. bei den SHARP's (6) gibt es das schon, daß jemand nicht anerkannt wird, wenn er nicht mitprügelt.

Nestbeschmutz: Letztes Mal hatte ich den Eindruck, daß ihr auch SHARP-Skins seid - aber jetzt seht ihr alle ganz anders aus. Uns würde interessieren, was ihr damit verbindet.

Antifa-Jugendfront: Mit SHARP-Skins haben wir eigentlich gar nicht viel am Hut. Ein paar ältere gibt es schon, mit denen ich mich unterhalte, und die okay sind und was im Kopf haben, aber die jüngeren, die sich vielleicht vor 2 Monaten eine Glatze scheren ließen und jetzt mit SHARP-Stickern rumlaufen, das sind Leute, die sich gar nichts dabei denken. Sie machen nichts. Die gehen auf die Straße, bißchen rumprügeln und Fun haben - typisch Skinhead. Und auch viel mit Macho-Gehabe, vor Frauen prügeln z.B., weil das ankommt. Frauen dürfen bei denen auch nicht mitmachen. Die jüngeren SHARPs haben alle die Nase ganz weit oben, als wären sie was Besonderes, weil sie irgendwo mal einen Fascho weggeklatscht haben und das überall rumerzählen. Dann fühlen sie sich ganz groß.

Antifa-Jugendfront: Bei denen habe ich den Eindruck, daß es wirklich Glück ist, daß sie sich als SHARP's bezeichnen - wenn ein bißchen was anderes gekommen wäre, würden sie vielleicht als Nazi-Skins rumlaufen. Es ist bei den Leuten nicht so ein ideologischer, riesiger Unterschied. So wie sie "Scheiß-Nazi" rufen, könnten sie genauso gut "Linke Zecke" rufen. Die sind ideologisch nicht so gefestigt, bis auf die Älteren, die schon länger was machen. Die anderen sind halt ziemliche Macker. Entweder es geht weg oder sie lernen es - jedenfalls gibt es innerhalb der SHARP's auch ziemliche Diskussionen. Das sind die Probleme mit den SHARP-Skins, die wir hier so haben.



Nestbeschmutz: Was für Antifa-Gruppen gibt es hier noch?

Antifa-Jugendfront: Leider ist uns in dem Sinne keine andere Antifa-Gruppe bekannt. Es gibt schon noch andere Projekte, die aktive Arbeit machen, aber das anders nennen. Z.B. ein ....-Projekt, wo die Konzerte immer sind und auch inhaltlich was ist. Vielleicht ist das irgendwo auch Antifa-Arbeit, es soll ein Abbau von Intoleranz und sowas sein. Aber direkte Antifa-Gruppen gibt es nicht. Es gibt noch ein paar andere Projekte - das Kommando autonomer Stadtpiraten, Fahrradguerilla, Aber da hängen Leute von uns drin. Als es voriges Jahr mal zu Fascho-Angriffen kam, da löste der Ruf "die Fahrrad-Guerilla ist auch da" sehr große Erleichterung aus, das hatte eine große moralische Wirkung. Auch wenn bei uns einige ziemlich kurze Haare haben, hat sich noch nie jemand als Skinhead bezeichnet.

Nestbeschmutz: Macht ihr was mit ausländischen Leuten? Organisiert die sich auch? Gibt es da Kontakte?

Antifa-Jugendfront: Es geht jetzt ein bißchen los, daß ein Asylheim hier in der Nähe ist. Das ist in den letzten Wochen ein bißchen abgerutscht. Wir waren mal bei der Gesellschaft für Völkerverständigung - da sind halt so von allen möglichen Nationen, die hier in Leipzig vertreten sind, Leute da - die wollten uns anschreiben, aber wir haben die Post nicht gekriegt. Wir gehen da immer zu Veranstaltungen hin, und wir haben vor, mal in ein Asylheim zu fahren und mit denen was zu veranstalten, damit sie einfach mal merken, daß es auch Leute gibt, denen sie willkommen sind. Wir versuchen, Kontakte zu kriegen. Die meisten ausländischen Leute, die hier sind, studieren und die sagen, es gibt Rassismus, aber damit müßten sie leben. Die halten von Leuten wie uns wohl auch nicht viel.

Nestbeschmutz: Und machen bei euch in der Gruppe auch Frauen mit?

Antifa-Jugendfront: Ja, Frauen machen mit. Wir sind schon mehr geworden - jetzt sind es zwei.

Antifa-Jugendfront: Die Leute, mit denen wir zusammen abhängen, mit denen wir ziemlich viel zusammen machen, mit denen wir tagsüber unterwegs sind und mit denen wir auch zum Teil politische Aktionen machen, da sind schon eine Menge Frauen dabei. Mittlerweile ist es so, daß man bei immer mehr Leuten - nicht nur Frauen, auch Typen - Interesse merkt, so daß man sie mal ansprechen könnte. Und da sind immer Frauen dabei.

Nestbeschmutz: Aber ihr habt euch auch nicht speziell darum bemüht, welche anzusprechen?

Antifa-Jugendfront: Wir hatten zwischendurch mal eine Phase, wo wir gesagt haben, dann laß uns doch mal auf einige Frauen, die wir kennen, zugehen und fragen. Aber irgendwann haben wir uns überlegt, daß es eigentlich blöd wäre, auf Krampf so'ne Quotenregelung hinzukriegen, so'n prozentuales Ding. Es wär wunderschön, wenn wir 50:50 wären, dann könnten wir eigentlich eine Menge Sachen ganz anders angehen. Aber ich bin immer noch der Meinung, ehe auf Krampf Leute in der Gruppe sind, deren Ding das gar nicht so ist, daß das auch nicht so gut wäre. Zur Zeit ist es eh so, daß wir die 50%-Grenze bald erreicht haben. Denn bei den Leuten, mit denen wir zusammen rumhängen, mit denen wir Gecks machen, da ist es so, daß die Männer größtenteils in der Jugendfront sind, während das bei den Frauen nur der kleinste Teil ist. Natürlich haben nicht alle Lust mitzumachen, aber einige haben es schon bekundet. Es ist ja auch nicht so einfach: aus unserer Gruppe sind 2 oder 3 bekannt. Wir achten schon ziemlich drauf, daß es ziemlich geschlossen bleibt und daß nicht allzu viele Leute wissen, wer dabei ist. Viele Leute in unserem Umfeld hängen eben zusammen und reden auch darüber, aber sie wissen gar nicht, daß die Leute, mit denen sie da reden, bei der Jugendfront sind. Leute, die bei uns mitgemacht haben, haben beim ersten Treffen plötzlich völlig komisch geguckt, als sie gesehen haben, daß sie alle kennen. Aber ich finde es so besser, wenn Leute auch selbst kommen und das machen wollen, als wenn man sie aus Krampf anspricht.



Nestbeschmutz: Uns würde noch interessieren, wie ihr überhaupt Leute inhaltlich erreicht. Du hast vorhin von den Schulen erzählt. Aber wie das so läuft, ob ihr lange mit denen reden könnt und wie das mit eurer Zeitung ist, da habt ihr noch gar nichts zu gesagt. Bei uns ist das so, daß total viel über Veranstaltungen läuft. Ich weiß nicht, ob ihr das auch macht oder ob das geht?

Antifa-Jugendfront: Viele Schüler und Schülerinnen erreichen wir hauptsächlich über unsere Zeitung . Dann gibt es ein paar in Connewitz, die wir über andere kennen, und mit denen wir uns unterhalten. Die sind auch ziemlich gut drauf, also ziemlich links. Die Kids da können wir ansprechen und mit denen haben wir auch ziemlich guten Kontakt. Woanders sieht es schon wieder problematisch aus, z.B. Mockau, Schönefeld und so, da haben wir gar keinen Kontakt. Geplant ist jetzt, daß jemand, der mal dort zur Schule ging, dort an der Schule was macht, um die jüngeren Kids dort ein bißchen aufzuklären, damit wir dort auch präsent sind, weil die Faschisten ja auch schon an Schulen werben.

Antifa-Jugendfront: Und auch damit wir mitkriegen, wo es Leute gibt, die eh schon Interesse in unserer Richtung haben. Es gibt hundertprozentig in allen Stadtbezirke welche - wir kennen die nur nicht. Es ist ein ziemliches Problem, an die ranzukommen, weil es für uns schwierig ist, aus dem Stadtbezirk rauszukommen. Selbst an den Schulen in anderen Stadtbezirken Zeitungen zu verteilen, ist schwer. Mit Veranstaltungen war es bisher eigentlich so, daß man lange Zeit es einfach nicht wagen konnte, welche zu machen. Die Gefahr, daß das überfallen wird, war groß, oder, anders gesagt, die Sicherheit, das verteidigen zu können, war gering. Wenn das jetzt allerdings im Eiskeller (7) klappt und diese Kiez-Discos laufen - jeden zweiten Sonnabend gibt es jetzt Kiez-Disco - dann soll sich das weiter rumsprechen, damit auch Kids von wo anders herkommen. Das soll ab und zu auch thematisch ablaufen. Und im Eiskeller, da soll ein Info-Cafè rein, und da haben wir schon vor, präsent zu sein. Große Veranstaltungen haben wir eigentlich noch nicht gemacht, aber es war mal eine Weile im Gespräch und es wird vielleicht auch mal sein. Allerdings vorerst dann auch nur in Connewitzer Schulen, daß wir da mal einen Nachmittag über so was machen - mal so quatschen.

Nestbeschmutz: Wie läuft bis jetzt die Zusammenarbeit mit den Wessies? Und wie ihr euch das vorstellt bzw. wie es besser laufen könnte? Ob es überhaupt läuft?

Antifa-Jugendfront: Kontakte könnten eigentlich so gut wie alle besser werden. Nach West-Berlin haben wir einen ziemlich guten Kontakt. Die haben sozusagen eine Patenschaft zu uns gehabt, ist vielleicht ein bißchen blöd gesagt. Sie haben uns ziemlich unterstützt, aber jetzt haben wir uns abgenabelt. Wenn wir das mit den eigenen Gruppen noch hinkriegen hier in Leipzig, geht das schon. Zu anderen Städten haben wir nicht so gute Kontakte, vor allem nicht so sehr persönliche. Einigermaßen gute Kontakte gibts noch nach Hamburg, aber nur so postmäßig. Wir würden es schon gut finden, wenn es mal so ein Camp gäbe, wie ihr erzählt habt, wo man Leute auch persönlich kennenlernt und



wo man auch mal hinfahren kann. Wenn wir dann zu euch kommen und uns im Westen verwöhnen lassen....(Gelächter). Gut wäre es schon, wenn es ein Info-Netz geben würde, gerade wenn irgendwo was abgeht oder für eine Demo, wo dann ziemlich weit mobilisiert werden kann. Zum Glück hat sich das ja mit dem 1. Mai hier nicht so bestätigt, wo ja die ganze Fascho-Prominenz kommen sollte - dann wären wir ganz schön mies dran gewesen. An den Kontakten wollen wir noch gut dran arbeiten. Wir haben z.B. bessere Kontakte nach Berlin als nach Halle, unserer Nebenstadt. Das ist schon blöd.

Antifa-Jugendfront: Mit Dresden sind wir auch dabei, stärker zusammen zu arbeiten.

Antifa-Jugendfront: Ach ja, wir haben nicht so die Probleme, wie in anderen Zeitungen geschrieben wurde, daß uns irgendjemand von den Wessies klug belehren wollte. Ich denke, das liegt daran, daß wir einfach Glück gehabt haben mit den Leuten, die wir kennenlernten. Wir finden das Verhältnis eher positiv; aber es gibt ganz schön viele Sachen, die wir nachholen müssen. Wir finden es gut, daß die Sachen, die wir machen, auch akzeptiert werden und daß uns niemand was vorschreiben wollte, wie wir was nachzumachen hätten, z.B. mit den Bullen. Wenn uns jemand Ratschläge geben würde, macht doch die Bullen platt, würde das wenig nützen. Wir sind dankbar über jeden Ratschlag, solange unsere eigene Meinung akzeptiert wird, und daß wir einen Kopf zum Denken haben.

Nestbeschmutz: Letzte Frage. Könnt ihr mal erzählen, wie ihr glaubt, wie es hier weitergeht? Perspektive von eurer Gruppe und wie es mit den Faschisten weitergeht? Zukunft? Gibt es da eine?

Antifa-Jugendfront: Schwer.

Antifa-Jugendfront: Als Gruppe haben wir uns ziemlich viel vorgenommen. Wir haben uns jetzt wieder mal aufgerafft, uns mal wieder anzustrengen, mal wieder mehr zu machen, was ziemlich nötig ist. Z.B. wollen wir viele Kontakte halten, vor allen Dingen im Osten. Und mit den Faschos... Das ist schwer, das zu beurteilen, wie die sich jetzt entwickeln. Ich sehe das so, daß ziemlich viele Jugendliche und Kids noch so auf dem rechten Trip sind, nicht auf dem ultraharten, aber schon auf dem rechten: also ausländerfeindlich. Das sehe ich jeden Tag bei mir auf der Berufsschule. Da muß ich mir das auch den ganzen Tag lang anhören, was die da für Gülle erzählen.

Antifa-Jugendfront: Wie sich die Faschos entwickeln, das hängt auch ziemlich davon ab, was wir auf die Reihe kriegen. Wenn wir mehr an Kids rankommen, sind das alles Kids, die wir ihnen entreißen. Leute, die begriffen haben, daß ein Mensch ein Mensch ist, egal, wo er geboren ist, der wird hinterher nicht irgend einem Fascho auf den Leim gehen, der ihm irgendwelche Kacke erzählt. Es kann auch sein, daß sich mittlerweile ganz andere Gangs bilden, vielleicht auch Gangs aus ausländischen Kids, wenn die jetzt mehr herkommen. Es kann auch sein, daß es wieder schlimmer wird, weil sich Leute auf dem bisserl Erfolg, den wir haben, ausruhen, wie z.B. heute das mit den drei Faschos, die einfach toleriert wurden.(8) Es kann auch sein, daß immer mehr von den ehemaligen Faschos Hools werden oder vielleicht so wie in Rostock, wo es hieß: wir gehen gegen die Bullen, aber nicht gegen die besetzten Häuser oder die Linken, das haben die Hoolführer gesagt. Es gibt jetzt in Leipzig auch einen linken Fußballblock und vielleicht wird der ja auch stärker. Da ist eigentlich ziemlich viel offen. Aber wir werden bestimmt eine tolle Gruppe werden (Gelächter!!!).

Nestbeschmutz: Das war ein gutes Ende.

Nestbeschmutz: Danke, das war's, oder wollt ihr noch eure Oma grüßen?



ANMERKUNGEN

1. Die Montagsdemos in Leipzig wurden 1989 von tausenden von Menschen getragen, als aktiver Widerstand gegen das SED-Regime - können wir uns wohl kaum vorstellen. Waren am Anfang noch eine breite Palette von verschiedenen politischen Meinungen (von "wir wollen Kohl" bis zu Reformäußerungen) vertreten, sind die Demos im Zuge der Wiedervereinigungsdiskussion immer nationalistischer geworden. Leute, die rote Fahnen hatten, wurden immer stärker ausgegrenzt, während die aufkommenden neofaschistischen Organisationen immer mehr Boden bekamen, bis militante Neofaschisten sogar VietnamesInnen und Linke zusammenschlagen konnten, ohne daß da wer gegen einschritt.

2. Die hier genannten Organisationen werden in der Regel deswegen als neofaschistisch bezeichnet, weil sie in ihren Programmen und Vorgehensweisen an die der NSDAP des historischen Faschismus unter Hitler anknüpfen. Wir wollen den Neofaschismus-Begriff nicht auf diese Parteien reduzieren und ersparen uns deswegen eine bloße Auflistung jener Gruppen. Deshalb jetzt nur die Aufschlüsselung der Parteiennamen:

Rep: Die Republikaner (gegründet 1983)
NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (gegründet 1964)
JN : Junge Nationaldemokraten (1965 gegründete Unterorganisatin der NPD)
FAP: Freiheitliche Arbeiterpartei (1979 gegründet)
Wiking-Jugend
NF : Nationalistische Front
DA : Deutsche Alternative; aktuelles Sammelbecken militanter Neofaschisten - bis zu seinem Tod war Michael Kühnen der Führer dieser Truppe

3 Diese und andere Faschistengruppen, die hier noch genannt werden, sind Gangs, die sich aus den ehemals DDR-Rechten zusammensetzen. Es gibt in der ehemaligen DDR haufenweise solche Splittergruppen, die aufzuzählen hier nicht lohnt.

4 Am ersten Mai gab es eine von der Antifa-Jugendfront organisierte autonome Demo, die sich gegen die Nazis richtete. Zwei- bis dreihundert Faschos wollten eine Kundgebung in der Stadt abhalten, die die Demo mit ca. 500 Leuten verhindern wollte. Zum ersten Mal haben sie sich geschlossen militant verteidigt, als die Faschos angriffen. Die Bullen, allerdings auch bayrische, haben sich dazwischengestellt und die Linken mit Hunden bedroht und eingekesselt, während die Faschos friedlich abziehen durften und später ungestört ihre Kundgebung abhalten durften.

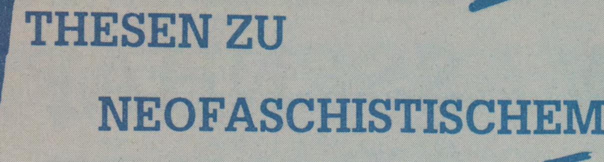
5 "Knarre" heißt in der Regel, daß die Leute mit einer Gaspistole rumrennen, die vor den brutalen und meistens viel besser bewaffneten Angriffen der Faschos einen gewissen Schutz bietet. Viele Faschisten haben sich allerdings in der ehemaligen DDR aus Armee-Restbeständen "scharfe" Knarren besorgt. Die Verhältnisse sind "drüben" zum Teil einfach brutaler, weil die Bullen aus der beschrieben Unsicherheit heraus noch weniger gegen Faschos machen als hier. Hinzu kommt, daß in Städten wie Leipzig und Dresden das Stadtbild auch eher so aussieht, daß die Faschisten es bestimmen und nicht, wie hier in Göttingen, die Nazis in der City von den paar Antifas soviel aufs Maul gekriegt haben, daß sie sich auf die Dörfer verziehen.

6 S.H.A.R.P. ist eine Abkürzung für "Skinheads against racial prejudice" (Hautköpfe, sprich Glatzen, gegen rassistische Vorurteile). Durch ihr Aussehen werden viele Sharp's mit den Nazi-Skins verwechselt. Sie berufen sich darauf, daß die Klamotten früher Ausdruck einer Rebellion waren, nämlich der Arbeiterkinder aus England. Wir finden das zweischneidig. Zum einen haben viele erstmal Muffe, andauernd Skinheads zu sehen, weil eben viele Nazis so aussehen - andersherum ist es auch Scheiße, Faschisten bzw. Nicht-Faschisten an ihrem Äußeren festzumachen. Auf jeden Fall wollen wir keiner platten Verallgemeinerung aufsitzen und Skins gleich rechts brüllen. Deshalb wollen wir zum Interview noch anmerken, daß das, was die Leipziger erzählen, ihre Erfahrung mit Sharp's ist und erstmal nicht verallgemeinert werden sollte, ohne sich selbst mit den Sharp-Skins auseinandergesetzt zu haben.

7 Ein selbstverwaltetes Projekt vieler Kids, kritisch Denkenden und Antifas in Leipzig - noch im Aufbau. Es steht in Connewitz, dem Kiez von Leipzig, sozusagen dem linken Stadtteil, wo zum einen besetzte Häuser stehen, zum anderen die Faschos nicht so auftreten wie anderswo.

8 Wir, die NESTBESCHMUTZ-RedakteurInnen, haben eine Auseinandersetzung verfolgen können, wo sich ein Antifa-Jugendfrontler mit anderen aus der Szene nicht einig war, wie mit 3 Faschisten umzugehen ist, die in einem Imbiß gearbeitet haben und dabei die Reichskriegsflagge zur Schau stellen konnten - als ob das irgendein Tüchlein wäre, das nichts verkörpern würde.





THESEN ZU NEOFASCHISTISCHEM TERROR

Täglich Zeitung lesen läßt einer/einem kalte, bittere Wut hochkommen. Zum einen die Tatsache, daß Mord oder Mordversuche zum alltäglichen Repertoire der Faschisten gehört. Mach die Augen auf und sieh:
Alex erstochen, Nihad in Koblenz ermordet, Matthias in Gifhorn von Skinheads auf die Straße geworfen, Jorge Gomondaiv in Dresden verprügelt und aus der Straßenbahn geschubst, erliegt seinen Verletzungen, 2 Namibier "fallen" bei einem rassistischen Überfall aus dem 4. Stock ihres Wohnheims - beide sind schwer verletzt.
Zum anderen die Art der Berichterstattung, die einer/einen kotzen läßt. Brutaler Terror von Jugendbanden, Hooligans, Skinheads, Autonomen überall; niemand kann diesem Terror Einhalt gebieten, suggerieren Presse und Politiker. Und alle seien gleich brutal und rücksichtslos. Außerdem scheint der Terror gerade in der ehemaligen DDR so stark zu sein. Eine Folge der SED-Politik natürlich, jauchzen die fetten West-Kohl-Köpfe. Und Schreiberlinge, die da nichts kennen als ihre Familie, ihre Schreibmaschine und den Kegelclub, finden die Ursachen:
Alles ökonomische Gründe, denn den Jugendlichen wird "drüben" keine Zukunft geboten. Deshalb wollen wir hier wider den stereotypen Gehirnwindungen einige Thesen aufstellen.

Von Jugendlichen permanent zu sabbern, verhindert die wirklichen Ursachen für das Anwachsen brutaler Gewalt zu erkennen. Daß die Faschisten - und nicht nur ihre Führer - im besten Alter sind, die überfallartigen Angriffe vieler Stammtischler gegen ImmigrantInnen Alltag sind und daß sowohl die Herrschenden als auch ihre WählerInnen immer in der Lage sind, das herrschende, alltägliche Gewaltverhältnis gutzuheißen und gegebenfalls wie von '33 bis '45 praktisch zu unterstützen, macht ja wohl klar, wie sehr die Hohlphrase "jugendliche Ge-



walt" die selbst geprägten (und gewollten?) Gewaltverhältnisse verdecken soll. Was aus dieser Propaganda rauskommt, ist an den Bestrebungen des Staates abzulesen. Sich selbst organisierende Jugendliche sollen entweder durch eine antiautoritäre Erziehung vieler PädagogInnen oder durch autoritäre Erziehung vieler Bullen integriert werden. Außerdem wird das Bild produziert, nur Jugendliche könnten sich organisieren, anstatt Gruppen (bzw. Banden!) als eine Möglichkeit für alle zur Gegenwehr zu sehen. Viele Kids übrigens werden erst dadurch in die Strukturen der Fascho-Gangs gepusht, weil eben die Medien das Bild von der Action prägen, was dann doch eh erst viele anspricht (Lernen am Modell nennt man oder frau das).

Ökonomische Gründe für das Rauslassen von Frust gibt es natürlich, aber sie sind doch eher die Faktoren als die Ursachen. Die alltäglichen Machtverhältnissen von Deutschen gegenüber ImmigrantInnen, den reichen Ärschen gegenüber den an den Rand getriebenen Menschen und dem geilen Macht- und Profitstreben der Männer, Frauen immer wieder Minderwertigkeit einreden zu wollen, weil sie es nicht verkraften können, daß Frauen anders sind und ihr eigenes Leben leben wollen - das alles sind die Ursachen, auf denen dieses System beruht und das sich quer durch jede/jeden zieht. Arbeitslosigkeit ist ein Folgeproblem dieser von vornherein auf Ungleichheit bestehenden Gesellschaft. Unterdrückung ist keine Naturkatastrophe, sondern hat konkrete Gründe und Träger.

Weiterhin geht völlig unter, daß Faschismus/Antifaschismus in erster Linie ein Männerteil ist. "Wer der stärkere ist", zieht sich durch alle Kämpfe durch. Vergewaltigung, alltägliche Anmache von Frauen, Ausgrenzung von Lesben sind keine "Gewaltanstiegsmeldungen" wert. Sollten einigen Männern aufgrund ihres Verhaltens Sanktionen drohen, ist die Empörung größer als bei der brutalsten Vergewaltigung.

Desweiteren ist uns wichtig, daß die verschiedenen Gruppen, die auf der Straße kämpfen, differenziert betrachtet werden müssen. Die Nazi-Skins sollen weder überhöht noch unterschätzt werden. Sie sind in ihrem Verhalten in der Tat das, was sie auch sein wollen: brutal, und wenn sie können, gehen sie bis zum Äußersten. Das ist das Wesen der Faschisten. Aber ihre Stärke beruht darauf, daß ihnen viel zu selten etwas entgegengesetzt wird - am allerwenigsten eine wirklich andere Form von Leben. Unsere Erfahrung ist, daß die Faschos in der Regel feige sind, wenn es entschlossene Gegenwehr gibt.

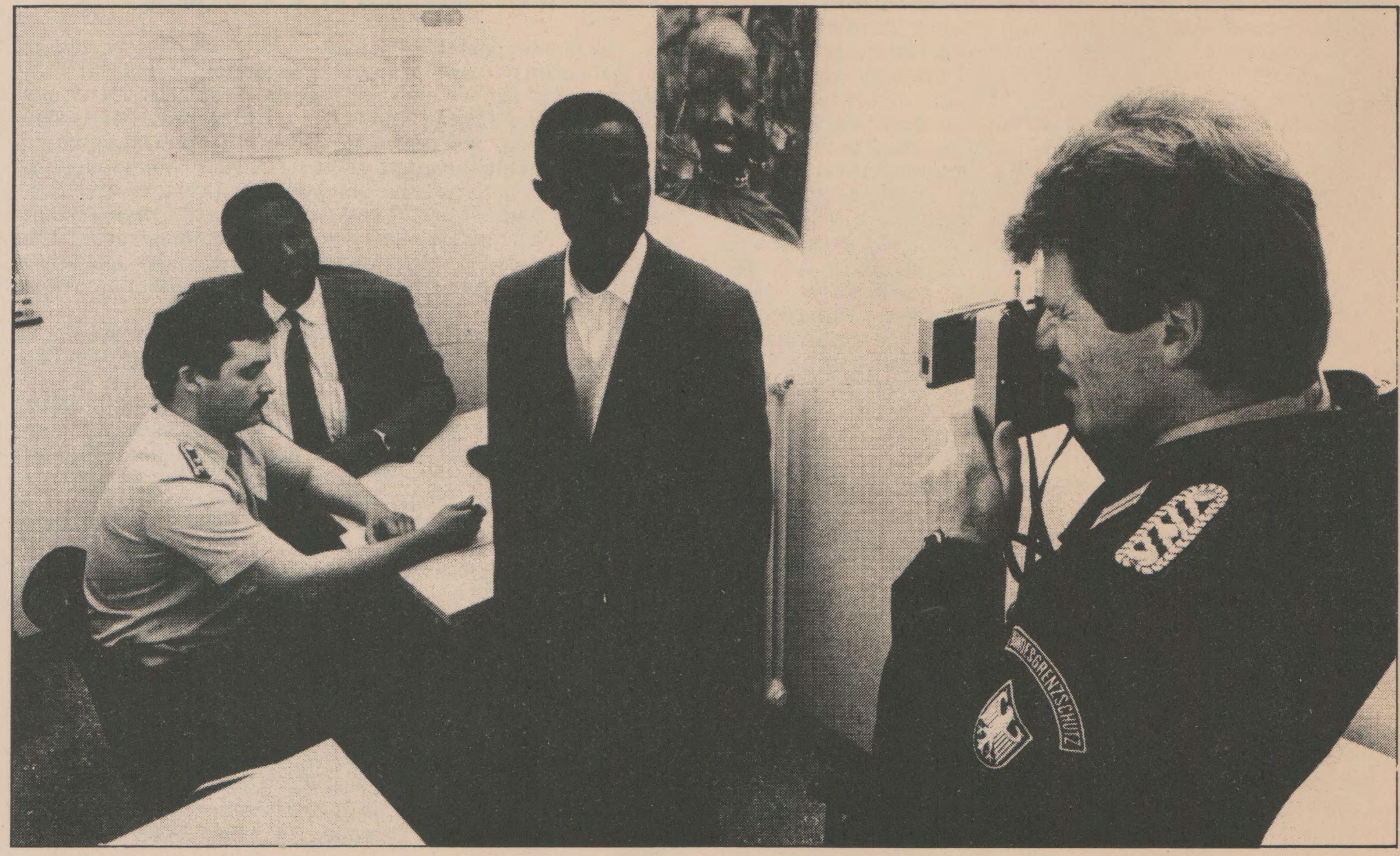
Hooligans und andere Cliquen sind ähnlich brutal. Diese Gruppen sind in der Regel nicht in faschistischen Zusammenhängen organisiert. Ihre Gewalt bezieht sich auf den Boden von Rassismen und sexistischer Ideologie in dieser Gesellschaft, auf die gleichen Feindbilder, aber für eine politische Einschätzung ist es wichtig zu sehen, daß diese unkontrollierte Gewalt nicht sofort mit Nazis gleichgesetzt wird. Allerdings heißt das für Gegenwehr nichts, denn Leute, die dir "aus Spaß" die Zähne ausschlagen wollen, sind auch nicht besser.

RASSISMUS AUF ALLEN EBENEN: MASSENHAFTE ABSCHIEBUNGEN, ANGRIFFE AUF IMMIGRANTINNEN ......

STAATLICHER RASSISMUS

AMNESTY INTERNATIONAL BEFÜRCHTET GRÖßTE ABSCHIEBEWELLE IN DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK

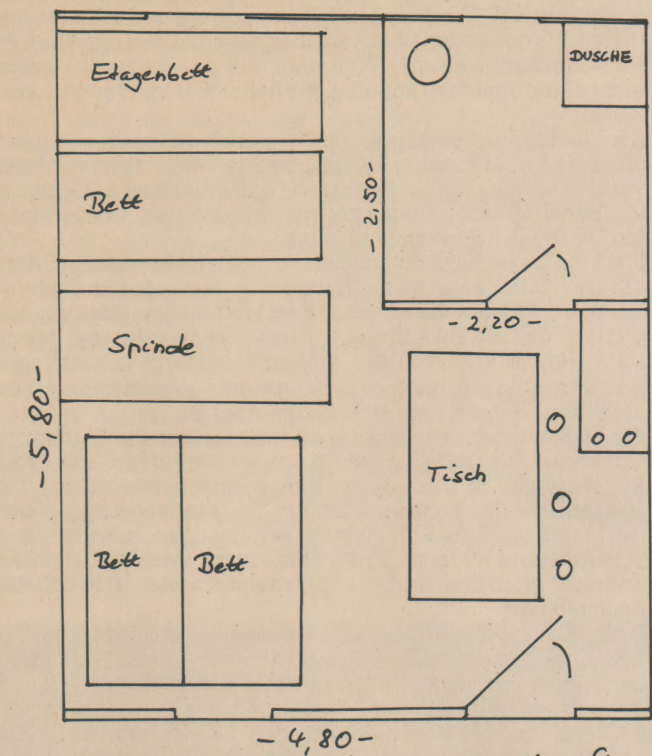
Bonn, den 2.5. 91 - Die Menschenrechtsorganisation amnesty international befürchtet wenige Monate nach Inkrafttreten des neuen Ausländerrechts die größte Abschiebungswelle in der Geschichte der Bundesrepublik. In einem Schreiben an die am 2. und 3. Mai 1991 in Bonn tagende Innenministerkonferenz warnte ai davor, Menschen in Länder zurückzuschicken, in denen ihnen Haft, Folter und der Tod drohe.
Viele der in deutschen Asylverfahren aufgrund des restriktiven Asylbegriffs gescheiterten Flüchtlinge aus Iran, Irak, Libanon, Sri Lanka, Afghanistan, Somalia und Äthiopien wurden nach den bis dato geltenden Duldungsbestimmungen nicht abgeschoben, um sie vor Menschenrechtsverletzungen oder anderen Gefahren für Leib und Leben zu schützen. Diese Regelungen laufen zum 1. Juli 1991 aus. Die Bundesländer sind dann verpflichtet, bei der Entscheidung über Abschiebeschutz für gefährdete Flüchtlingsgruppen die Zustimmung des Bundes einzuholen, wobei sich jetzt abzeichnet, daß diese Neuregelung massiv zum Nachteil der Flüchtlinge ausgelegt wird. Damit droht unzähligen abgelehnten, aber dennoch faktisch bedrohten Asylbewerbern ab dem 30. Juni die Zwangsrückführung.
ai kritisiert, daß die Bundesländer sich bisher nicht darum bemüht haben, beim Bundesinnenminister eine Zustimmung zu ihren bisherigen Schutzregelungen für gefährdete Flüchtlingsgruppen zu erreichen. Die bisher bekanntgewordenen neuen Ländererlasse, die durch das geänderte Ausländerrecht notwendig geworden waren, zielen im Gegenteil darauf ab, bis dato geschützte Flüchtlinge der Abschiebung preisgeben zu können. So schließt beispielsweise der Erlaß des Landes Baden-Würtemberg vom 6. März abgelehnte Asylbewerber aus Iran, Irak, Libanon, Sri Lanka, Äthiopien und Somalia künftig von einem weiteren generellen Abschiebeschutz aus.
Die Haltung ist um so unverständlicher, als sich die Menschenrechtssituation in diesen Herkunftsländern nicht im geringsten geändert hat, sondern nur das deutsche Ausländergesetz. Bei Ländern wie Irak oder Sri Lanka, in denen die Menschenrechte seit Jahren mit Füßen getreten werden, wird besonders krass deutlich, welche Gefahren ein abgeschobener Flüchtling entgegensieht. (Aus einer Presseerklärung von ai).
Das, was ai - und wir - befürchten, hat seinen Grund im neuen Ausländergesetz, das seit dem 1.1.91 gilt und dessen Einführung nur von sporadischen Protesten begleitet wurde, die aber auch schon fast alle verglimmt sind.
Was den genannten Flüchtlingen bevorsteht, liest sich im trockenen Bürokratendeutsch so:
1. Nach dem neuen Ausländergesetz können die Länder allein generelle Abschiebestops nur noch für sechs Monate erlassen, ein längerfristiger Stop erfordert Einvernehmen mit dem BMI (Bundesministerium des Innern, d. Red.). Deshalb treten bis zum 31.12.90 erlassene Abschiebestops am 30.6.91 außer Kraft, wenn BMI kein Einvernehmen erklärt.





Ebenso ist das Einvernehmen des BMI erforderlich, wenn die Länder den Aufenthalt von Ausländergruppen durch Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis legalisieren wollen.
2. Die Gesamtproblematik ist mit den Ländern auf Arbeitsebene bereits erörtert worden und in der von Herrn Minister gebilligten Vorlage vom 22.3.91 mit folgendem Ergebnis dargestellt:
- BMI erklärt Einvernehmen zum Verbleib mit Aufenthaltsbefugnis für die
- bis zum 31.3.89 eingereisten chinesischen Wissenschaftler, Studenten und sonstigen Auszubildenden und
- bis zum 31.12.89 eingereisten Christen und Jeziden aus der Türkei,
sofern außer längerfristiger Obdachlosigkeit, Sozial- und Jugendhilfebezug keine weiteren Ausweisungsgründe vorliegen.
Kein Einvernehmen des BMI zu sonstigen generellen Abschiebestopregelungen.
- BMI trägt Altfallregelung mit für die
- bis zum 31.12.88 eingereisten Afghanen und Äthiopier und ihre bis zum 31.12.90 eingereisten Familienangehörigen und
- bis zum 31.12.85 eingereisten Iraner, Libanesen und Palästinenser aus dem Libanon sowie ihre später eingereisten Ehegatten und minderjährigen ledigen Kinder.
Im übrigen Ablehnung weiterer über das neue Ausländergesetz hinausgehender Altfallregelungen.
(aus dem Bericht des Bundesministeriums des Inneren zum Tagesordnungspunkt 24 der Konferenz der Innenminister der Länder am 3.5.91).
Im Moment gibt es den erwähnten, generellen Abschiebestop noch. In der Presseerklärung von ai wird auch klar gemacht, wer ab dem 1.7.91 alles das Land verlassen soll. Diese "De-facto-Flüchtlinge" wurden bisher nicht abgeschoben, weil sie in ihren Heimatländern massiv gefährdet wären. Sie bekamen bisher auf den "Ausländerämtern" "Duldungspapiere", in die gestempelt wurde: "Der Aufenthalt des Inhabers dieser Bescheinigung wird wegen der besonderen Lage in seinem Heimatland geduldet...soweit sich diese Lage nicht ändert, wird die Gültigkeit der Duldung verlängert."
Ab dem 1.7.91 hat sich nun die Lage verändert - aber nicht in Sri Lanka, Libanon, Irak, Äthiopien, Somalia, Iran oder Afghanistan, sondern in Deutschland: denn hier greift ab dem 1.7.91 das neue Ausländergesetz. Die Flüchtlinge werden darunter zu leiden haben, denn alle Flüchtlinge aus den erwähnten Ländern können dann ohne Begründung abgeschoben werden (ein paar politisch genehme Ausnahmen werden im zitierten Bericht des Bundesinnenministers erwähnt).
Was so eine Abschiebung im einzelnen bedeutet, sei hier kurz an einem beliebigen "Einzelfall" dargestellt, der "zufällig" in Göttingen passiert ist:
Ein Türke, der seit über 20 Jahren in Duderstadt lebt, wird an seinem Arbeitsplatz auf einer Baustelle in Göttingen verhaftet und noch am gleichen Tag in die Türkei abgeschoben, damit er dort seinen Militärdienst ableisten soll. Er hatte nicht einmal die Möglichkeit, seiner Freundin, seiner Mutter oder seinen Kindern etwas von der Abschiebung mitzuteilen. Bei der Ankunft in der Türkei erlitt der Mann einen epileptischen Anfall. Statt ins Krankenhaus wurde er in den Knast(!) eingeliefert. Erst auf Intervention seiner Angehörigen wurde er gegen Kaution freigelassen und in eine Klinik überführt.
Die bisherige Praxis, daß die einzelnen Länder dezentral entscheiden können, ist ab dem 1.7. verbaut. Ab da bestimmt Innenminister Schäuble, welche Gruppe von Flüchtlingen abgeschoben wird und welche nicht. Und da davon ausgegangen wird, daß *die Unterbringungsmöglichkeiten der Länder und Gemeinden nahezu erschöpft sind* (IMK v. 3.5.), ist klar, was da für eine Politik gefahren wird: "Ausländer raus" - die offiziellen gießen das in Gesetze, was sich auf der Straße in Angriffen auf ImmigrantInnen verstärkt Luft macht.
Mit welchen Unterstellungen und Lügen das Bundesinnenministerium bei seiner Abschiebepraxis arbeitet, zeigt exemplarisch ein Verwaltungsgericht (!) in Stade am 31.5., indem es sechs kurdischen Familien zum Recht auf Asyl verhilft - sie dürfen hierbleiben. Das Gericht hat klar gesagt, was die KurdInnen in der Türkei erwarten würde, nämlich "Lebensverhältnisse, unter denen ihr Verbleiben in der Heimat nicht mehr als menschenwürdiges Dasein bezeichnet werden kann". Und das Gericht sagte noch was interessantes: Es "habe die Überzeugung gewonnen, daß die tatsächliche Gefährdung der kurdischen Bevölkerung vom Auswärtigen Amt so zurückhaltend (!, d.Red.) dargestellt wird."
Die Zentralisierung der Entscheidungsgewalt unterstellt ab dem 1.7. alle Länder dem christlich-liberalen Rassismus der Bundesregierung - Alleingänge rot-grüner Landesregierungen werden so unmöglich gemacht, was nicht heißt, daß die Bundesländer Politik im Sinne von ImmigrantInnen machten, d.h. nur, daß jetzt auch noch Freiräume verstellt sind, die z.B. die niedersächsische "rot-grüne" Landesregierung durchaus im Sinne von Flüchtlingen zu nutzen wußte:
Noch schnell vor dem Inkrafttreten des "Ausländergesetzes" am 1.1.91 wurden möglichst viele "De-facto-Flüchtlinge" legalisiert, so daß in Niedersachsen jetzt verhältnismäßig wenig Flüchtlinge von der drohenden Abschiebung betroffen sind.
Diese drohende Abschiebewelle ist nun aber kein Alleingang einer reaktionären, deutschen Regierung. Sie hängt zusammen mit der "Harmonisierung des Asylrechts" in Europa - sie ist ein Schritt zum Vereinigten Europa, das ab '92 seine Grenzen für ImmigrantInnen zu machen will, während für Europäer innerhalb Europas die Grenzen fallen sollen. Also ein Schritt zur "Festung Europa".
Aber nicht nur die EG-Länder "harmonisieren das Asylrecht". Ende Mai legt die Schweizer Regierung ein neues Konzept zur "Regulierung" der "Ausländerströme" vor - "Wirtschaftsflüchtlinge" sollen ausgesperrt werden, während für die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte geworben wird, weil es in der Schweiz an Arbeitskräften mangelt. Im Klartext heißt das:
europäische Lohnarbeiter sind willkommen, die ImmigrantInnen sollen das Land so schnell wie möglich verlassen und abgeschoben werden.
Im Regierungsschweizerisch heißt das so:
"Der Bundesrat ist gewillt, seinen Handlungsspielraum für politisch verfolgte Asylsuchende im Umfang von einigen 100 Personen pro Jahr zu nutzen. Es kann jedoch nicht Aufgabe der Asylverfahren sein, Menschen in der Schweiz Schutz und Aufnahme zu gewähren, die wegen Hunger oder ökologischer Probleme ihre Heimat verlassen haben."
Weiterhin darf nicht aus dem Blick verloren werden, daß auch ohne "Harmonisierung", ohne "Festung Europa" und ohne drohende Massenabschiebungen die rassistische Praxis in Westeuropa schon längst Alltag ist/war. In der Schweiz waren Abschiebungen schon immer an der Tagesordnung:
In Genf verhaftet am 2.5. ein Bullenkommando 19 kurdische Flüchtlinge (darunter Kinder), die zuvor in einem mehrwöchigen Hungerstreik gegen ihre drohende Abschiebung in die Türkei protestiert hatten. Sie wurden in Handschellen abgeführt, ein paar Tage in fensterlosen Bunkern

eingesperrt und am 10.5. mit anderen KurdInnen (insgesamt 27) nach Izmir in die Türkei abgeschoben. 100 Menschen versuchten in der Schweiz, diese Abschiebung durch eine Blockade des Rollfeldes auf dem Flughafen zu verhindern. Natürlich wurde die Blockade von den Bullen zerschlagen.
Insgesamt leben in der Schweiz rund 100.000 illegale Flüchtlinge, die alle schon längst von Abschiebung bedroht sind - und auch abgeschoben werden. Es gibt aber auch einzelne Initiativen, die das zu verhindern versuchen - 50 Familie und 500 einzelne Flüchtlinge werden von SchweizerInnen versteckt. Diese Verstecke organisiert die Aktion Abgewiesene Asylbewerber, die von 6.000 AktivistInnen unterstützt wird, obwohl den Menschen, die Flüchtlinge verstecken, 6 Monate Haft oder eine saftige Geldstrafe drohen. Allerdings wird die Abschiebepraxis der Schweizer Regierung nicht ernsthaft behindert.
Auch in Frankreich sieht die Alltagspraxis nicht anders aus:
In Metz und Mühlhausen sind 52 KurdInnen im Hungerstreik, um gegen ihre drohende Abschiebung aus Frankreich in die Türkei zu protestieren. Bald sind es 170 KurdInnen und 20 AfrikanerInnen, die bei der Aktion mitmachen. Am 14.5. wird ein Kurde wegen einem akuten Schwächeanfall ins Krankenhaus eingeliefert - aber natürlich reagiert der französische Staat nicht.
Auch hier versucht die rassistische Regierung, den Widerstand der ImmigrantInnen brutal ("rechtsstaatlich") zu brechen:
In Bordeaux, wo sich KurdInnen dem Hungerstreik angeschlossen hatten, überfallen Bullen am 22.5. eine Kirche, in der sich die KurdInnen im Hungerstreik aufhalten. Die Bullen wollen sie gegen ihren Willen in ein Krankenhaus einliefern, aber nach Auseinandersetzungen mit Angehörigen des Unterstützerkomitees und einer Schlägerei müssen die Bullen unverrichteter Dinge wieder abziehen. Aber sie haben auch so klar gemacht, daß ImmigrantInnen in Frankreich eigentlich nichts zu suchen haben.
In Spanien ist ab dem 15.5. die Visumpflicht für alle Menschen aus dem Maghreb und Nordafrika eingeführt worden - die südwestliche Grenze der "Festung Europa" ist also schon dichtgemacht worden.
In Italien, wo die meisten illegalen ImmigrantInnen Europas leben, sind Ende Mai selbst die weltweit bejubelten 25.000 nach Italien geflüchteten AlbanerInnen von Abschiebung bedroht. Sie dürfen nur bleiben, wenn sie als politisch Verfolgte anerkannt werden (und wer wird das schon: die Anerkennungsrate in Italien ist genauso niedrig wie überall in Europa) oder wenn sie einen Arbeitsplatz nachweisen können. Die repessive Praxis in Italien gegenüber den Millionen illegaler ImmigrantInnen ist schon gar keine Schlagzeile in den Zeitungen mehr wert - sie ist Alltag.
In Dänemark wird staatlicher Rassismus mit allermodernster Technologie verbunden, um die Grenzen undurchlässiger zu machen:
Am 16.5. wird in Kopenhagen gemeldet, daß die dänische Einwanderungsbehörde genetische DNA-Tests ("genetische Fingerabdrücke") durchführt, um bei ImmigrantInnen, die eine Familienzusammenführung beantragen, auch ganz genau rauszukriegen, ob die ins Land geholten Kinder und Angehörigen auch wirklich zu der Familie des/der Beantragenden gehören - sind die Tests negativ, werden die Kids ausgewiesen.
Aber natürlich brauchts auch in Westdeutschland kein Auslaufen des generellen Abschiebestops, denn auch so funktioniert der staatliche Rassismus. Es gibt trotzdem Abschiebungen (wie an dem Beispiel des Türken in Göttingen schon gezeigt):
In Berlin wird am 2.5. ein Kurde in die Türkei abgeschoben, am 11.5. ein weiterer, obwohl inzwischen ein genereller Abschiebestop für KurdInnen besteht. Der Berliner Senat begründet die Abschiebungen damit, sie seien irrtümlich vorgenommen worden. Trotzdem soll am 18.5. erneut ein Kurde abgeschoben werden, was allerdings verhindert werden kann. Hunderte Menschen protestierten vor dem Schalter der "Istanbul Airlines" auf dem Flughafen, bis die Bullen den Protest per Schlagstock abräumten. Allerdings weigerte sich der Pilot des Flugzeugs, in dem der Kurde ausgeflogen werden sollte, mit ihm loszufliegen, weil der Kurde angekündigt hatte, auf dem Flug "Widerstand gegen seine Abschiebung" zu leisten.
Ein anderes Beispiel für offiziellen Rassismus: Das "Bundesamt zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" lehnt den Asylantrag eines Vietnamesen ab, der als "Gastarbeiter" zwei Jahre in der CSFR gearbeitet hatte und dort von Skinheads bedroht und auf der Straße geschlagen worden war, woraufhin er in die BRD flüchtete (VietnamesInnen, die unerlaubt ihren Arbeitsplatz im "Gastland" verlassen, können zu Hause wegen Republikflucht angeklagt werden...). Das Braunschweiger Verwaltungsgericht hat entschieden, daß der Vietnamese erstmal nicht abgeschoben werden darf - was die Stadt Salzgitter in die Wege leiten wollte (sein Antrag auf Asyl ist aber noch nicht durch).
In der DDR droht insgesamt ca. 20.000 VietnamesInnen die Abschiebung, da sie bisher nur "geduldet" werden. Die Anerkennung ihrer Asylanträge ist sehr unwahrscheinlich, weil in der Begründung der Anträge immer "Nachfluchtgründe" angegeben werden, d.h. Verlassen des Arbeitsplatzes, politische Betätigung - oder selbst das Stellen des Asylantrags wird vor Gericht als "Nachfluchtgrund" angesehen. (Die Argumentation, daß das Stellen eines Asylantrags zur Ablehnung desselben führt, ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten...).
Damit es für Göttinger LeserInnen nicht so aussieht, als ob die staatlich-rassistische Praxis immer nur weit weg passiert, zitieren wir hier noch einen offenen Brief des "Beratungszentrums für Flüchtlinge Göttingen" vom 10.5.:
(...) In letzter Zeit sind einzelne Kommunen im Landkreis Göttingen dazu übergegangen, Container zur Unterbringung von Flüchtlingen aufzustellen. Bis jetzt gibt es solche Container bereits in Rosdorf (Mengershausen) und Adelebsen. Weitere Container sind unseres Wissens auch in anderen Gemeinden in Planung.
Wir sind uns der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt sowie auch der Unterbringungsprobleme der Kommunen durchaus bewußt, sehen uns jedoch gezwungen, unsere schweren Bedenken auszudrücken und entsprechende Konsequenzen ihrerseits zu erbitten:
GRUNDSÄTZLICH SIND WIR DER MEINUNG, DASS MENSCHEN NICHT IN CONTAINERN WOHNEN SOLLEN.



Container in Adelebsen, vorgesehen für 6 (!) Personen, bewohnt von einer iranischen Familie (5 Personen)

(...) Nach dem Besuch der beiden obengenannten Container und der Menschen, die in ihnen leben müssen, haben uns zwei Dinge besonders betroffen gemacht.
In beiden Containern sind Familien mit Kleinkindern untergebracht. Die extreme räumliche Enge, die keinerlei Bewegungsraum vor allem für die Kinder läßt, können sie anliegendem Plan des Containers in Adelebsen entnehmen. (...)
Bezüglich des Standorts fiel uns bei beiden Containern auf, daß sie am Rande oder gar völlig abseits vom Dorf liegen. In Mengershausen befindet sich der Container versteckt hinter dem Feuerwehrhaus, so daß er vom Dorf aus nicht zu sehen ist. Spiegelt diese Lage wie ein symbolischer Akt der "geistigen Abschiebung" die Einstellung der Behörden Flüchtlingen gegenüber wider? Damit nähmen sie die in der Bevölkerung verankerten
Vorurteile und Ängste auf, statt ihnen, wie es geboten wäre, durch die auch räumliche Einbeziehung der Flüchtlinge in die Dorfbevölkerung entgegenzusteuern. Als abseits gelegenes Ghetto bieten die Container ein leichtes und willkommenes Angriffsziel für rechtsradikale Übergriffe. Der Mord in der Sylvesternacht in Rosdorf sowie die im südniedersächsischen Raum fast alltäglichen Übergriffe Rechtsradikaler gegenüber Ausländern machen deutlich, daß dies eine reale Gefahr ist. (...)
Die Einschließung und Absonderung von ImmigrantInnen in "Behelfslagern" erinnert an die Vergangenheit und zeigt, daß staatliche Flüchtlingspolitik in historischer Kontinuität steht.
In Göttingen gibt es eine "Bürgerinitiative" - die von Hartwig Fischer mitinitiierte "BI für den Erhalt des Bundeswehrstandortes Göttingen" - die in einer zynisch-verdrehten Weise diese Kontinuitäten erkennt und damit rassistische Stimmung schürt:
Die BI will, daß in der völlig überflüssigen Göttinger Kaserne Soldaten stationiert bleiben und begründet das u.a. damit, daß sonst "Asylanten dort einquartiert" werden würden. So tritt rassistische und militaristische Mobilisierung mal wieder zusammen auf - und wird am 15.5. vom GT wohlwollend veröffentlicht (was ja auch zu erwarten war...)
Von der drohenden Abschiebewelle sind bundesweit 120.000 Menschen bedroht (wobei so nur die "Familienvorstände" gezählt werden), mit Familienangehörigen, d.h. Ehefrauen/Ehemännern und Kindern, beläuft sich die Anzahl der von Abschiebung bedrohten ImmigrantInnen auf ca. 500.000 Menschen - das wäre wahrlich die größte Abschiebewelle der Geschichte der BRD.
In Niedersachsen sind, wie gesagt, nicht so viele betroffen. Trotzdem könnten am 1.7. ca. 300 (mit Familienangehörigen: 1.000) ImmigrantInnen aus Göttingen und Umgebung abgeschoben werden.



Wohnheim in Paris

Bisherige Versuche zu verhindern, daß der generelle Abschiebestop für bestimmte Flüchtlinge abgeschafft wird, sind gescheitert, weil die CDU-Regierung bzw. Innenminister Schäuble voll auf Härte setzt und keinen Deut von ihrer Haltung abgeht. Die SPD-Länder können sich gegenüber dieser harten Haltung profilieren, viel Worte um nichts machen und sich verbal für die Flüchtlinge einsetzen - aber praktisch tut die SPD nichts, da ihnen das Legalitätsprinzip allemal näher ist als die Leiden und Nöte der betroffenen ImmigrantInnen.
Dabei wissen z.B. nicht einmal die für "Ausländerfragen" zuständigen Referatsleiter in Hannover, was denn ab dem 1.7. legal ist:
Auf die Frage, was ein/e Immigrant/in, die von Abschiebung bedroht wird, denn machen soll, wußten sie nichts zu sagen - es gibt noch gar keine Durchführungsbestimmungen für die neue Praxis der Abschiebung. Deshalb weiß auch kein Flüchtling (urd kein/e Anwält/in der Flüchtlinge), wie sich juristisch gegen die drohende Gefahr gewehrt werden kann.
All das zeigt, daß nur massenhafter Druck von Menschen, die sich wie auch immer gegen den alltäglichen und staatlichen Rassismus wehren, dazu führen kann, daß drohende Abschiebungen verhindert werden können (ein paar Beispiele dafür wurden ja schon beschrieben).
Am 10.6. findet/fand deshalb auch ein bundesweiter Aktionstag statt - mit Demos und Aktionen. Das reicht natürlich nicht: Den Herrschenden, die ohne mit der Wimper zu zucken, Menschen in Länder ausliefern, wo ihnen der Tod droht, muß richtig klar gemacht werden, daß wir ihre Praxis nicht hinnehmen.
Wir werden Telefonketten einrichten (die dazu notwendigen Listen werden auf Büchertischen ausliegen oder im neuen Flüchtlingszentrum), um bei drohenden Abschiebungen den Versuch zu unternehmen, sie zu verhindern. Wir - und viele andere hoffentlich auch - sollten uns bereit erklären, von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge aufzunehmen und zu verstecken. Wir werden dafür sorgen, daß möglichst keine Abschiebung still und leise vor sich geht, sondern - hoffentlich - zu einer fehlgeschlagenen Staatsaktion wird.
Ein erster Schritt wurde schon getan: Am 27.5. und am 3.6. gab es Treffen von vielen verschiedenen interessierten Menschen. Aus diesem Kreis wird/wurde auch die Demo am 10.6. organisiert und von hier aus werden zukünftige Aktionen koordiniert.
Die Treffen finden montags, 19.00 Uhr im neuen Flüchtlingszentrum in der Weender Str. 42 statt (im ersten Stock).

Etagenbett im Astoria

WEG MIT DEM AUSLÄNDERINNENGESETZ

Solange dieses diskriminierende AusländerInnengesetz noch besteht, fordern wir:

GENERELL KEINE ABSCHIEBUNGEN

BLEIBERECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE NACH DER GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION UND DER MENSCHENRECHTSCHARTA DER VEREINTEN NATIONEN

Das bedeutet uneingeschränktes
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge, die aus politischer Überzeugung, ethnischen, rassischen oder religiösen Gründen, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer sozialen Gruppe verfolgt werden;
- Bleiberecht für Flüchtlinge, die Menschenrechtsverletzungen wie Folter, erniedrigende, grausame und unmenschliche Behandlung erfahren oder aus Krisengebieten, Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten kommen, unabhängig davon, ob diese Verfolgung vom Staat oder einer anderen Gruppe ausgeht.

Außerdem fordern wir:

EIGENSTÄNDIGE AUFENTHALTSGENEHMIGUNG UND ARBEITSERLAUBNIS FÜR FRAUEN

BLEIBERECHT FÜR FLÜCHTLINGE AUS ÖKOLOGISCHEN KATASTROPHENGEBIETEN UND FÜR FLÜCHTLINGE, DEREN EXISTENZ ODER GESUNDHEIT BEDROHT IST UND PERSONEN, DENEN IHRE LEBENSGRUNDLAGE ENTZOGEN WURDE ODER DEREN LEBENSMITTELPUNKT IN DER BRD LIEGT

GEWALT AUF DER STRASSE

Nicht nur staatlicherseits wird Rassismus immer hoffähiger - die beabsichtigte Abschließung West-Europas vom Rest der Welt und die gesetzlich legale "Rückführung" von ImmigrantInnen wird seit vielen Monaten von immer unverhüllter auftretenden rassistischen Gewaltausbrüchen begleitet. Vorwiegend Skinheads und Neofaschisten versuchen immer mehr, die staatliche Politik mit ihren eigenen Fäusten, Knüppeln und anderen Waffen durchzusetzen:
Sie terrorisieren ImmigrantInnen, damit sie "freiwillig" das Land verlassen sollen. Besonders in der ehemaligen DDR treten solche rassistischen Schlägerbanden immer öfter auf - die Liste brutaler Übergriffe auf ImmigrantInnen (und andere Nicht-Deutsche) ist lang:

- Am 30.4. überfallen in Jüterborg bei Potsdam Skins mit Schlagringen, Messern und Knüppeln eine Gruppe von ImmigrantInnen.
- Am 3.5. werden in Wittenberg bei Potsdam namibische Immigranten von Deutschen in einer Disco angegriffen, worauf sich die Namibier verteidigen. Später überfallen 40 Deutsche das "Wohnheim" der Immigranten, zerstören das gesamte Mobiliar und schlagen 6 Namibier krankenhausreif. 2 Namibier stürzen aus einem Fenster im 4.Stock und werden lebensgefährlich verletzt. Die deutschen Nachbarn schauen teilnahmslos zu, haben aber laut Bullenangaben "nichts gesehen". Eine Woche später liegt einer der aus dem Fenster gestürzten Namibier immer noch im Koma.
- Am 4.5. überfallen in Hohenschönhausen Deutsche einen Wohnblock, in dem vietnamesische ImmigrantInnen wohnen. Die VietnamesInnen verteidigen sich. Als nach langer Zeit die Bullen kommen, stürmen sie eine Wohnung der VietnamesInnen und klauen ihnen 720 DM.
- Am 7.5. überfallen in Eilenburg (Sachsen) 30 Deutsche ein "Asylantenheim", verwüsten es und verletzen 2 Immigranten mit Steinwürfen.
- Am 9.5. wird in Hohenschönhausen (Ost-Berlin) ein sowjetischer Tourist nach "Ausländer-raus"-Rufen von 15 Deutschen in der Straßenbahn niedergestochen und lebensgefährlich verletzt.
- Am 10.5. wird in Lieberwolkwitz bei Leipzig zweimal versucht, ein "Asylantenheim" in Brand zu stecken. Glücklicherweise mißlang es beide Male.
- Am 10.5. belagern in Zeesen (bei Potsdam) 40 Skins eine sowjetische Kaserne und bedrohen die dort wohnenden Menschen. Die Kaserne wird unter Polizeischutz gestellt.
- Am 11.5. ziehen in Zittau 10 Deutsche unter Führung des örtlichen Chefs der Republikaner zu einem Wohnheim, in dem Kinder aus der Sowjetunion untergebracht sind, die Opfer des Atom-Unglücks von Tschernobyl waren. 3 der Deutschen dringen in das Heim ein und verprügeln den Betreuer der Kinder, während die anderen "Sieg Heil" und "Ausländer raus" rufen. Soldaten(!) aus einer nahegelegenen Kaserne eilen zu Hilfe, bis nach einer halben Stunde endlich die Bullen eintreffen. Die machen natürlich nichts - sie nehmen niemand fest und nehmen auch keine einzige Zeugenaussage auf. Ein paar Tage später läßt die Staatsanwaltschaft verlauten, daß die 10 Faschisten eigentlich ein "Asylantenheim" überfallen wollten, das Kinderheim "lag sozusagen nur auf dem Weg". Einen Tag nach dem Überfall auf das Kinderheim haben die Faschos dann auch dieses "Asylantenheim" überfallen: sie warfen Steine und demolierten ein Auto.
- Am 2.6. greifen in Pirnau (Sachsen) 30 junge Skins ein "Heim für Asylbewerber" an, in dem RumänInnen wohnen. Sie zerschlagen Fensterscheiben und rufen Fascho-Parolen. Als die Bullen kommen, sind die Skins schon von den BewohnerInnen des "Heims" in die Flucht geschlagen worden.
- Am 2.6. versuchen in Neubrandenburg 40-50 Skins, ein von Linken besetztes Haus zu stürmen. Als die Bullen dazwischenschlagen, zerstreuen sich die Skins und sammeln sich vor einem "Ausländer"-Wohnheim, das sie darauf angreifen. Danach flüchten sie in eine Disco, in die ihnen die Bullen "aus taktischen Gründen" nicht folgen.

ImmigrantInnen, die per Quotenregelung im Osten Deutschlands in Heimen kaserniert werden, flüchten wegen dem offenen Terror der Faschos immer häufiger in den Westen Deutschlands (zurück). Die ImmigrantInnen, die am 7.5. in Eilenburg Opfer eines Angriffs von Deutschen wurden, flüchteten nach Schwalmbach (Hessen) ins dortige "zentrale Auffanglager". Dort wurden sie abgewiesen(!) und sollten wieder in den Osten "abgeschoben" werden.


Flüchtlingscontainer in Unna

Das passierte schon einmal Ende Februar einer Gruppe von 30 Flüchtlingen, die aus einem Lager in Leisnig (DDR) kamen, das von Faschos überfallen wurde. Diese Gruppe war trotz ihrer absolut multinationalen Zusammensetzung nach ihrem Eintreffen in Schwalmbach besonders gut organisiert. Sie hatten gemeinsame Forderungen vor allem gegen ihre Rückverlegung aufgestellt und wollten auch als Gruppe zusammen bleiben. Sie hatten eine Presseerklärung geschrieben und einen Sprecherrat gebildet, der sie vertratt. Sie wollten auf keinen Fall in die ehem. DDR zurückgehen. Einer sagte, dann gehe er lieber in den Iran zurück, wo ihn der Tod erwarten würde. Nachdem im Laufe des Tages von Flüchtlingsgruppen der hessische Sozialdezernent erreicht werden konnte, konnten die Flüchtlinge, nachdem ihnen wegen ihrer Weigerung, sich wieder zurückverfrachten zu lassen, mit der Beendigung ihrer Lagerunterbringung und -verpflegung gedroht wurde, ihren einstweiligen Aufenthalt in Schwalbach für das Wochenende durchsetzen. Die anderen, deren Status weniger gesichert war, wurden nach Frankfurt in die Evangelische Studentengemeinde gebracht. Auch dort mußte die Gemeindevertretung mit vollendeten Tatsachen konfrontiert werden, bevor die Flüchtlinge aufgenommen wurden.
Das sind keine Einzelfälle. In Schwalmbach werden regelmäßig Opfer rassistischer Übergriffe in den fünf neuen Bundesländern, die aus Angst aus dem Osten zurückkamen, wieder zurückgeschickt - außer, wie es am 10.5. in einer Mitteilung der grünen Ministerin Iris Bleul hieß, sie "seien offenkundig Opfer eines Übergriffs geworden (wer kann das bei einer rassistischen Polizei schon nachweisen?). Weiterhin hieß es, das "wir(!) sowieso nicht alle aufnehmen könnten, die lieber hier im Westen bleiben wollen".
Die Flüchtlinge bekommen also von der Landesregierung keine offizielle Erlaubnis zum Bleiben, da ihre "Fälle nicht verifiziert" werden können (unter diesen ImmigrantInnen ist z.B. einer, der im Osten mit einer Pistole bedroht worden war, woraufhin ihm ein Ost-Bulle Schweigegeld anbot).
Statt ins Lager nach Schwalmbach fährt die hessische Grünen-Ministerin Iris Bleul nach Thüringen in ein Lager und gibt dort dumme Sprüche von sich - nach dem Motto, es muß dafür gesorgt werden, daß die Flüchtlinge sich im Osten wohlfühlen. Rassistische Gewalt wird von der grünen Ministerin natürlich nicht erwähnt. Und natürlich sagt die rot-grüne Regierung Hessens nicht, was denn für Menschen zumutbar ist...
Am 15.5. werden in Schwalmbach Bullen gegen die 20 ImmigrantInnen aus Eilenburg eingesetzt, um sie wieder in die fünf neuen Bundesländer abzuschieben. Einige Personen werden an den Haaren über den Boden geschliffen. Da "Kinder emotional beteiligt" sind, wird die Bullenaktion ergebnislos abgebrochen - sie scheiterte am Widerstand der Flüchtlinge. Von den Betroffenen "dürfen" nach dem brutalen Bulleneinsatz jetzt 10 in Schwalmbach bleiben.
Diese Behandlung droht noch mindestens weiteren 100 ImmigrantInnen, die sich laut Landesregierung "illegal" in Schwalmbach aufhalten, denn soviele kamen in den letzten Monaten aus dem Osten in den Westen zurück, ohne die grüne Ministerin vorher gefragt zu haben. Inzwischen (im Mai) sind es 30 ImmigrantInnen pro Woche, die in die HGU (Hessische Gemeinschaftsunterkunft) flüchten.
Am 16.5. gibt Iris Bleul wieder dumme Sprüche von sich und bemerkt, daß die Opfer des Bulleneinsatzes in Schwalmbach nicht "unter den Bleibeerlass fallen, der einzelnen aus humanitären, vorsorglichen Erwägungen den Aufenthalt gestatte".

Schließlich lassen es die Behörden doch zu, daß geflüchtete Flüchtlinge in Lagern im Westen bleiben, aber nur so lange, bis "das Leben in den Lagern in der ehemaligen DDR wieder zumutbar" wäre.
Aber natürlich werden nicht nur ImmigrantInnen und Nicht-Deutsche in der DDR von Faschos und Skinheads angegriffen. Manchmal scheinen die Skins auch einfach nur irgendwelche Menschen terrorisieren zu wollen, wobei der Hindergrund ihrer "Aktionen" oft völlig unklar bleibt (vielleicht tun sie es ja auch nur aus "Spaß an Schlägereien", bei denen sie nicht verlieren können, weil sie immer nur in der Überzahl gewalttätig auftreten). Es sieht halt so aus, als ob die Opfer oft völlig beliebig ausgewählt werden:

- Am 29.4 errichten in Potsdam 30 Skins auf der Bundesstraße 101 Straßensperren und belästigen die angehaltenen AutofahrerInnen.
- Am 1.5. ziehen in Sandershausen (Thüringen) 20 Skinheads durch den Ort und skandieren Fascho-Parolen. Nach der Demo überfallen sie einen Bullen und verletzen ihn schwer, worauf der Bulle Warnschüsse abgibt.
- Am 6.5. rammen im Landkreis Potsdam 8 Skins mit ihren Autos 2 Trabbis und prügeln die Insassen mit Schlagstöcken.
- Am 9.5. randalieren in Müggelsee (Berlin) 70 Skins in einer Gaststätte und schlagen Gäste. Danach teilen sich die Skins auf und randalieren in Köpenick weiter.
- Am 9.5. ziehen in Potsdam 30 Skins Nazilieder gröhlend durch die Stadt und stürmen anschließend ein Restaurant, werfen Tische um, sprühen Gas und Verprügeln den Wirt und die Wirtin. Danach wird die Kneipe und das Cafe nebenan demoliert. Abends werden die Scheiben einer Straßenbahn eingeworfen.
- Am 9.5. verprügeln in Weißensee (Berlin) 10 Skins einen 47-jährigen Mann und seine 17-jährige Tochter.
- Am 11.5. randalieren in Erfurt 20 Jugendliche in einer Gaststätte im Landkreis - 4 Bullen werden verletzt.
- Am 19.5. überfallen in Kelbra(Sandershausen) 20 Skins zweimal einen Camping-Platz und greifen die Leute dort mit allem an, was sie zur Verfügung haben. Beim zweiten Angriff werden 18 Skins von den Bullen festgenommen.
- Am 5.6. versucht in Schwerin eine Gruppe Skins, Punks anzugreifen, aber die Bullen gehen dazwischen und lösen alles auf.

Auch immer Westen gibt es natürlich noch immer genug Skinheads. Zwar sind viele inzwischen in den Osten gegangen - nach Leipzig, Dresden und Berlin-Ost - aber es sind noch bei weitem genug, die die Straßen unsicher machen können. Einige Beispiele:

- Am 2.5. überfallen in Ulm Skinheads mit "Ausländer raus"-Rufen eine Gruppe griechischer Kinder. Ein 13-jähriger Junge wird krankenhausreif geschlagen.
- Am 4.5. marschieren in Kiel 15 Skinheads Nazi-Parolen rufend vor einem Haus auf, in dem Autonome wohnen. Die Skins werfen Steine auf das Haus und bedrohen die BewohnerInnen. Die Bullen, die die Skins begleiteten, greifen nicht ein, also verteidigen sich die BewohnerInnen selbst. Daraufhin kommen 40 Bullen zur Verstärkung und versuchen, mit den Skins zusammen(!), die Tür des Hauses einzutreten. Als die Skins endlich weg waren, führten die Bullen bei den Autonomen eine Hausdurchsuchung durch.
- Am 5.5. schlagen in Neuburg (an der Donau) 70 Skins (Einheimische und Zugereiste) den Partyraum des Jugendzentrums kurz und klein und ziehen anschließend unbehelligt durch die Stadt. Sie zerdeppern Scheiben, singen das Horst-Wessel-Lied und zwingen PassantInnen zum Hitlergruß. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Einkesselung der Faschos durch die Bullen abgelehnt, weil sie "keine Unschuldigen treffen wollte!"
- Selbst in Prag gab es am 30.5. Provokationen von Skins: Sie griffen eine Demo von Linken an, wobei es eine ganze Menge Verletzter gab - natürlich griffen die Bullen nicht ein.

Nur ab und zu scheint in diesen ganzen Horror-Meldungen auf, daß sich auch Menschen dem Terror der Skins und Faschos widersetzen (das, was in Kiel oder in Neuburg passierte, zeigt ganz deutlich, daß das auch notwendig ist, da Justiz, Bullen und politische Öffentlichkeit ganz oft auf der Seite der Schlägerbanden stehen). Natürlich ist in den offiziellen Meldungen in den Zeitungen von Widerstand keine Rede, aber auch für uns ist es nicht leistbar, alles nachzuprüfen...
Wir wollen nur sagen, daß man/frau sich wehren kann, auch wenn das in einer erschreckenden Zusammenstellung über Gewalt von rechts nur selten vorkommt.



ITALIEN
In den letzten Monaten hat es in Italien öfter Angriffe von Rechten auf besetzte Häuser und Zentren (Centro sociale)* gegeben. Am 19.5.91 wurde das centro sociale "corso circuito" in Rom niedergebrannt. Auro, der dort schlief, verbrannte.
Für diesen Anschlag hat bis jetzt niemand die Verantwortung übernommen. Er steht aber in einer Serie von ähnlichen Angriffen, zu denen sich Rechte bekannt haben. " Wochen vorher wurde das besetzte Zentrum von Battaglia terme bei Padua angezündet. Dazu bekannte sich eine Gruppe "Falange Armata" (bewaffnete Falangisten). Die Faschisten riefen bei der dortigen Lokalzeitung an, übernahmen die Verantwortung für diesen Anschlag und kündigten weitere Aktionen in Rom an. Falange armata hatte bis dahin schon zwei Nicht-Seßhafte und drei Carabineri ermordet und auf ein ImmigrantInnenlager bei Bologna einen Brandanschlag verübt.

* Centros sociales gibt es ziemlich viele in Italien, auch in kleineren Städten. Es sind Treffpunkte für Jugendliche, in den letzten Jahren auch für ImmigrantInnen. Manchmal wohnen auch Leute in den Centros, was vor allem auf die katastrophale Wohnsituation zurückzuführen ist. Einige dieser Centren arbeiten auf regionaler und/oder nationaler Ebene zusammen und organisieren gemeinsam politische Aktionen.

PATRIARCHALER ALLTAG

Staatlich-rassistische Politik und rassistisches Alltagsbewußtsein gehen immer einher mit staatlichen Maßnahmen, die die Unterdrückung der Frau zementieren (sollen). In der staatlichen Flüchtlingspolitik schwingt immer die "Sorge um die Reinhaltung der deutschen Rasse (modern: der deutschen Kultur)" mit - und so ist jede Ausgrenzung von ImmigrantInnen verbunden mit einer Politik, die Frauen die "Bürde" höherer Geburtenraten und die Kindererziehung aufbürden will, damit die "deutsche Rasse" "nicht ausstirbt". Das setzt sich aktuell in eine Politik um, die "Mütter" fördert.
So ist die Auseinandersetzung um den 218zu verstehen, die gerade innerhalb der Öffentlichkeit tobt. Die CDU-Frauenministerin Merkel will Frauen eine regelrechte Gebärprämie zahlen - ein "Erstausstattungsgeld" von 1.000.-DM. Und sie betont, daß "jeder Arzt seine standesrechtliche Verantwortung berücksichtigen muß, auch wenn die Frau selbst zur Abtreibung entschlossen ist". (Das kann nur als kaum verhüllte Aufforderung an die Ärzte verstanden werden, sich zu weigern, bei Frauen Abtreibungen vorzunehmen, und so die "Gesetze" zu umgehen und auf keinen Fall mit einer Frau selbst zur Abtreibung - Aufforderung...

Auch der Vorsitzende der CDA (christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft) hat sich am 30.5. für eine "drastische Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218" ausgesprochen.
Das ganze läuft darauf hinaus, daß staatlicherseits mehr "weiße, deutsche Kinder" gewünscht werden. Die Last dieser Politik sollen natürlich die Frauen tragen.
Dazu paßt folgendes:
CSU-Stadträte in München besuchten Ende Mai unangemeldet

statlich geförderte Selbsthilfeprojekte - mit besonderem Augenmerk auf FrauenLesben-Projekten und Schwulenprojekten. Die CSU-Männer "fanden heraus", daß die staatliche Kohle von denProjekten "verschwendet" wird und wollen ihnen in Zukunft das Geld entziehen - denn natürlich haben (gerade in Bayern) autonome Bestrebungen von Frauen/Lesben keinen Platz in einer Gesellschaft, in der Frauen wieder zu Müttern degradiert werden sollen.

Aber die öffentliche Ebene ist nur eine Ebene. Vergewaltigungen sind in der Regel keine Nachricht wert, nur ab und zu gibt eine Schlagzeile. Aber wenn dann mal selten über Vergealtigungen berichtet wird, dann im "Bild-Zeitungsstil", in dem die vergewaltigte Frau nochmal degradiert wird.

Unter der Überschrift "3000 Mal vergewaltigt" meldet das GT am 5.6., daß ein 51-jähriger vor Gericht steht, weil er seine Stieftochter während 20 Jahren ständig mißbraucht und vergewaltigt hat. Einmal schaffte es die Frau, vor ihm zu flüchten, aber der Typ spürte sie wieder auf und drohte, "wenn du nicht zurückkommst, wird dein Sohn das büssen müssen". Vor Gericht sagt dieses männliche Schwein einfach nur, daß er nichts schlechtes getan hat und daß die Frau ihm eins auswischen will.

Die alltägliche Gewalt unter der Spitze des Eisbergs "Vergewaltigung" taucht in den öffentlichen Medien nie auf: wenn Männer Frauen schlagen, anmachen oder was auch immer, ist das keine Meldung wert. Höchstens mal auf der Seite "Vermischtes" in den Zeitungen gibt es eine Meldung, die die Spitze des Eisbergs der patriarchalen Realität beschreibt - wie z.B. diese:

Am 30.5. wurde in Göttingen, (niemand wußte Bescheid von uns) von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß einer der größten Hersteller von Kinderpornos bald mit einer Anklage in Göttingen wegen sexuellem Mißbrauchs von Kindern rechnen muß. Der 60jährige Göttinger hat mit seinen beiden Stieftöchtern (9 und 12 Jahre alt) harte Pornos hergestellt, in denen beide von ihm ständig mißbraucht und geschlagen worden sind. Das ganze kam erst raus, als einer Lehrerin zahlreiche Blutergüsse bei einem der Mädchen auffielen..

Unter Rubrik "Vermischtes" wäre wohl auch folgendes erschienen, wenn es überhaupt erschienen wäre:

Ende Mai wurde in Göttingen eine Frau wieder Mal zum Opfer von Männergewalt - sie wurde auf dem Weg vom Bahnhof zum IFL überfallen und wurde am nächsten Morgen bewußtlos aufgefunden und sofort ins Klinikum eingeliefert. Es ist nicht klar, ob die Frau während ihrer Bewußtlosigkeit auch vergewaltigt worden ist.

Überhaupt keinen Nachrichtenwert hat es, wenn eine Frau - wie jüngst geschehen - am Telefon von einem Typen sexuell genötigt und ihr sogar eine Vergewaltigung angedroht wird. Natürlich leugnet der Typ hinterher alles ab - und er versteht sich sogar als "Linker".

Selbst die vielen Meldungen über rassistische Übergriffe auf ImmigrantInnen erwähnen selten, daß da (fast) immer Männer auf andere einprügeln, denn in den Skinhead-Schlägerbanden laufen so gut wie ur Männer mit - auch der antifaschistische Widerstand macht das allerdings selten zum Thema.

Ein "Ereignis" ist ganz besonders, daß sich neofaschistische Schläger immer auch als Männer betätigen, die durch die Gewalt ihre männliche Rolle bestätigen und alles, was ihre männliche Identität bedroht, in Grund und Boden hauen wollen:

Am 27.5. überfielen in Berlin 60 Faschos ein Frühlingsfest von Lesben und Schwulen und verletzten mehrere Menschen. Einer der Faschos trieb sogar mit einer Knarre 80 Leute zusammen und bedrohte sie mit gezückter Waffe.

KONTINUITÄTEN

In der BRD und der DDR ist der tödliche Rassismus und die Vernichtungspolitik der nationalsozialistischen Gesellschaft (die aus Menschen bestand, die wußten, was abläuft) nie aufgearbeitet worden. Wenn das passiert wäre, gäbe es keine offizielle Politik, die wieder in Kauf nimmt, daß Flüchtlinge möglicherweise in den Tod abgeschoben werden - und es gäbe keine Skinhead-Schlägerbanden, die ImmigrantInnen angreifen und sich dabei positiv auf nazistische Politik beziehen.

Diese mangelnde Aufarbeitung zeigt sich deutlich in der Abschiebung von Flüchtlingen, aber fast noch deutlicher zeigt sie sich, wenn man/frau betrachtet, wie heute noch mit den damaligen Opfern der Nazis umgesprungen wird:

- Am 2.5. wird in Bonn gerichtlich festgestellt, daß der Roma K. Weiß, die das KZ Bergen-Belsen überlebte, von der BRD eine Entschädigung (Wiedergutmachung) verweigert wird, weil ihre "seelischen Schäden erst in den letzten Jahren entstanden" seien.
- Laut einer Anweisung des nordrhein-westfälischen Innenministers vom 12.5. wird zahlreichen Roma und Sinti die Sozialhilfe verweigert - sie bekommen nur noch "Sachleistungen" ausgezahlt. Zahlreiche Roma und Sinti traten darauf hin in den Hungerstreik, aber die Regierung bleibt in bester Tradition hart.
- Vor dem Oberlandesgericht München beginnt am 15.5. eine Revisionsverhandlung, in der eine ehemalige Siemens-Zwangsarbeiterin (sie war von Siemens aus dem KZ Ravensbrück "ausgeliehen" worden) auf Entschädigung für erlittenes Unrecht klagt. Siemens verweigert das und hat in erster Instanz auch noch Recht bekommen - die zynische Begründung lautet: Verjährung. Und Siemens gibt seine Akten aus der NS-Zeit für diesen Prozess nicht frei, da sonst die faschistische Praxis der Firma Siemens öffentlich bekannt werden würde).
- Von den Juden, die in Berlin um Asyl gebeten hatten und abgeschoben werden sollen, war schon die Rede.

Das sind nur 4 Fälle, die man/frau im Mai in den Zeitungen verfolgen konnte. Aber die Kämpfe der Roma und Sinti um ihr Bleiberecht in dem Land, von dem sie vor mehr als 50 Jahren ins KZ gesteckt wurden und vernichtet werden sollten, und die Kämpfe der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen um (wenigstens eine symbolische) Entschädigung sind keine Nachrichten mehr wert. Diese Kämpfe werden von der Bundesregierung in einer Art und Weise abgebügelt, die fatal an die Politik der Nazis erinnert.

In den Worten von Alfred Hauser, der 7 Jahre für Bosch Zwangsarbeit leisten mußte und heute Vorsitzender der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeit ist, wird die Verdrängung der deutschen Geschichte durch offizielle Politik deutlich:

Eine Altlast und eine von Anfang an bis zum heutigen Tage offene Wunde ist, wie man in der Bundesrepublik mit den Opfern des Nazismus umgegangen ist und noch umgeht. Ich will nicht davon sprechen, daß ich 5 Jahre nach meiner Befreiung wieder im gleichen Gefängnis gelandet bin, in dem ich unter Hitler als Hochverräter inhaftiert war. Mir geht es um die mehr als 7 Millionen Menschen, die man während des 2. Weltkrieges als Arbeitssklaven aus allen besetzten Ländern nach Deutschland deportiert und für die Inganghaltung der Industrie verwendet hat.

Wir waren mal in einer Schulklasse, es war eine 11. Klasse, da ist am Anfang eine Frage gestellt worden: Was glaubt ihr, wieviel Prozent aller Flüchtlinge der ganzen Welt nimmt die BRD auf? Die Mehrheit der SchülerInnen, ich glaube,70%, haben geantwortet: Über die Hälfte! Faktisch nimmt von weltweit 15 Millionen Flüchtlingen Europa 0,5 - 0,1 % auf, ganz Europa.

Und nicht nur die Opfer der Nazis werden vor bundesdeutschen Gerichten und von der Bundesregierung verhöhnt, nein, auch die Täter und ihre ideologischen Nachfahren melden sich immer unverfrorener wieder zu Wort, ohne das was passiert:

- Der Kriegsverbrecher und Ex-Minister unter Adenauer, Theodor Oberländer, der in der ehemaligen DDR wegen Kriegsverbrechen (1941 in Ostgalizien und 1942 im Süden der Sowjetunion) rechtskräftig verurteilt worden war, klagt im Mai im nunmehr vereinigten Deutschland in Bonn vor Gericht, daß dieses Urteil annuliert werden soll.
- Karl-Bruno Blach, früher SS-Mitglied, der im KZ Mauthausen 5 Häftlinge brutal umgebracht haben soll, wird von einem Duisburger Gericht am 2.5. gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.
- In Wien nehmen am 9.5. 1500 Menschen an der Beerdigung des SS-Offiziers und verurteilten Kriegsverbrechers Walter Reder teil. Sie singen die erste Strophe des Deutschland-Lieds. (Reder war wegen eines Massakers an 1800 italienischen Zivilisten verurteilt worden).
- Auf dem 42. "Sudetentag" in Nürnberg am 19.5. fordert der Generalsekretär des "Bundes der Vertriebenen" von der Bundesregierung "Maßnahmen zum Schutz deutscher Volksgruppen". Nach eigenen Angaben gab es 150.000 Besucher dieses "Sudetentages". Innenminister Schäuble verspricht den 'Vertriebenen' die Mitwirkung bei den Verhandlungen über einen Nachbarschaftsvertrag mit der CSFR. Das und der Auftritt der CSU ruft massive Proteste hervor. Der Außenminister der CSFR stellt unmißverständlich klar, daß die "Sudetendeutschen" bei Verhandlungen über einen Nachbarschaftsvertrag natürlich nicht dabei sein werden.
- Auf dem Pfingstreffen der "Landsmannschaft Ostpreußen" in Düsseldorf am 20.5. wird eine Korrektur des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrags gefordert, denn "Ostpreußen sei der Besitz aller Deutschen". Die Düsseldorfer Messehalle war mit Parolen geschmückt wie "Oder-Neisse = Terrorgrenze" und "Polen, Hände weg von Ostpreußen". Auf einer späteren 'Mahnstunde' redete ein Vertreter der "jungen(!) Landsmannschaft Ostpreußen" von Ostpreußen als einem Land, das "vom polnischen Unrat verschüttet" sei.
- Auf Kreta findet in der vorletzten Maiwoche eine Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag der "Schlacht um Kreta" statt (die deutsche Wehrmacht überfiel Kreta und stieß auf erbitterten Widerstand der Bevölkerung) - Hakenkreuzfahnen wehen, Grabsteine werden beschmiert, Arme werden zum Hitlergruß erhoben, es gibt Schlägereien zwischen Deutschen und Griechen. Eigentlich wurde das Treffen von griechischen Widerstandskämpfern organisiert, um an den Widerstand der Bevölkerung 1942 zu erinnern. Aber es kamen ungebetene Gäste: deutsche Alt- und Neonazis sind für die Sauereien verantwortlich. (2 sind schon verhaftet worden).

Auch in Argentinien treten Nazis wieder offen auf - Argentinien ist das Land, in das viele (die meisten) SS-Leute nach dem 2. Weltkrieg flüchten konnten):

- In Buenos Aires werden Über 100 jüdische Gräber geschändet; 2 Verdächtige werden festgenommen. Bei einem (einem Ex-Geheimdienstler) werden Nazi-Abzeichen entdeckt, beim zweiten Nazi-Literatur.
- Am 21.5. will die PNT (Nationalistische Arbeiterpartei) in Buenos Aires ab sofort das Hakenkreuz als Enblem benutzen. Deswegen stellte sie einen Antrag beim höchsten Gericht, mit der Begründung, "das Hakenkreuz, das von den deutschen Offizieren ehrenvoll im zweiten Weltkrieg getragen worden wäre, müsse von seiner tendenziellen und propagandistischen Verunglimpfung befreit" werden.

Viele der SS-Leute, die nicht geflüchtet waren, wurden damals schnell integriert - besonders nützlich waren sie für die westlichen Geheimdienste, die ihr Wissen über die UdSSR verwerten wollten. Am 6.5. deckte die Londoner Zeitung "Observer" erst jetzt, 46 Jahre nach Kriegsende, auf, daß Großbritannien seit über 40 (!) Jahren im Besitz von Listen ist, auf der alle in Großbritannien lebenden Nazi-Kriegsverbrecher verzeichnet sind - bisher wurden sie von englischen Geheimdienst gedeckt. 46 Jahre nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands können sie jetzt gerichtlich verfolgt werden - zumindest offiziell.

Das alles gehört zur offiziellen Politik:

- die Verhöhnung der Opfer der Nazis
- die geradezu liebenswürdige Art, wie vor BRD-Gerichten mit Nazi-Mördern umgegangen wird
- die Tatsache, daß "Vertriebene" und CDU/CSU-Politiker offen fordern können, die Folgen der Niederlage der Nazis endgültig ungeschehen zu machen und die deutsche Grenze wieder weit nach Osten auszudehnen.

Es ist kein Wunder, daß die Herrschenden, die das tolerieren, ImmigrantInnen als Menschen zweiter Klasse behandeln. Es ist kein Wunder, daß diese offizielle Politik von vielen aufgegriffen und handgreiflich in die Tat umgesetzt wird. Und es ist kein Wunder, daß AntifaschistInnen und ImmigrantInnen, die sich gegen die rassistische und sexistische Gewalt nicht nur der Skinhead-Schläger zur Wehr setzen, von diesem Staat kriminalisiert werden, während die neonazistischen Schläger mehr als milde behandelt werden.

Beispielhaft wird dieses Denken vom neuen Anwalt Thorsten Heises (der wegen eines Mordversuchs an einem Libanesen angeklagt ist) ausgedrückt - der Anwalt ist SPD-Mitglied und wird vom GT als "links" etikettiert. Dieser Anwalt hält den Schläger Heise für eine "differenzierte Persönlichkeit", der "angesichts seines jugendlichen Alters zu mancher Unüberlegtheit aufgelegt sei". Außerdem sei die Göttinger Staatsanwaltschaft nach seinen Worten im Fall Heise "zu fleißig" gewesen, denn das Absingen einer Liedzeile wie "hängt den Jud am nächsten Baum auf" oder das Rufen von "Sieg Heil" müßt ja nun wirklich nicht gerichtlich verfolgt werden.

Bei dieser bodenlosen Verharmlosung von Neo-Nazis durch diese Anwalts-Knalltüte bleibt uns die Spucke weg - das ganze ist natürlich im GT vom 11.5. nachzulesen, wo so ein reaktionäres Gewäsch ja immer gern angenommen wird.

Die beiden folgenden Gerichtsposen bestätigen das gesagte:

- Am 16.5. werden die Skins, die Silvester in Adelebsen 2 Männer schwer zusammengeschlagen hatten, vor einem Göttinger Gericht zu Haftstrafen mit Bewährung verurteilt - nur einer muß allerdings wirklich hinter Gitter, die anderen können ihre Strafe auf Bewährung "absitzen".
- In Seeheim in Hessen weden 9 Skins, die im August vergangenen Jahres ein "Asylantenheim" überfallen hatten und später festgenommen wurden, in einer Gerichtsverhandlung verwarnt (!) - als Strafe dürfen sie je 75 Std. gemeinnützige Arbeit verrichten (wahrscheinlich in einem "Asylantenheim"...). Der Richter bemerkte noch, "zum Thema Ausländer und Asylanten könne man eine dezidierte Meinung haben und äußern", es sei jedoch etwas anderes, "dieser Meinung handgreiflich Ausdruck zu verleihen" - kein Wunder, daß rassistische Richter Rassisten nicht zu Knast verurteilen...
- Am 6. Juni stehen in Frankfurt 2 Skins aus Dresden vor Gericht, die wegen Volksverhetzung angekagt sind - sie haben am 9.11.90, dem Jahrestag der Reichskristallnacht, jüdische Menschen auf einer Gedenkfeier mit antisemitischen Parolen beleidigt und ein paar Wochen später rumänische ImmigrantInnen mit "Sieg Heil"-Rufen angemacht. Einer der beiden bekommt 8 Monate auf Bewährung, der zweite wird verwarnt (!).
- Und fast schon wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge paßt dazu, daß das Verfahren gegen die Mörder von Conny eingestellt worden ist.



Kurdische Flüchtlinge

Staatliche Flüchtlingspolitik, rassistische und neofaschistische Schlägerbanden und rassistisches Alltagsbewußtsein, Vergewaltigungen und sexistische Alltagspraxis, politische Justiz und revanchistische "Vertriebenenverbände":

Keines dieser Elemente kann ohne das andere existieren. Antifaschistische Politik - und das sollte dieser Nachrichtenblock auch zeigen - kann sich nicht auf den Kampf gegen ein Element von vielen beschränken.

Oder, mit den Worten der L.U.P.U.S.-Gruppe aus Frankfurt, die versucht, Schlußfolgerungen aus dem antifaschistischen Widerstand gegen Ende der Weimarer Republik zu ziehen:

"Gegen die faschistische Propaganda, gegen SA-Schlägertrupps und ehemalige Frontsoldaten kämpfte eine breite Basis von sozialdemokratischen und kommunistischen AntifaschistInnen - erbittert und ausdauernd. Doch die Schlacht gegen die Nazis wurde nicht nur auf der Straße verloren, sondern gerade auch 'zuhause', in den eigenen Reihen. Dort, wo die Helden der Arbeit und der Straße, die Disziplin und bedinglose Unterordnung, patriarchale Familien- und Parteistrukturen nicht angegriffen, sondern gegen jede Form der Abweichung und Infragestellung verteidigt wurden. Indem diese Strukturen innerhalb des antifaschistischen Widerstands nicht verändert wurden, war für den Faschismus der Weg frei, dieselben Strukturen unangefochten zu mobilisieren. Daß der Faschismus für diese Lebenshaltungen und -vorstellungen "näherliegende" Antworten hatte, war damit eine Frage der Zeit. Für das Scheitern des antifaschistischen Widerstands in der Weimarer Republik war die Unüberwindbarkeit dieser patriarchalen Strukturen weitaus entscheidender, als die Niederlagen auf der Straße und bei Wahlen."

Antifaschistischer Widerstand bedeutet dann, gegen all das anzukämpfen, wodurch sich faschistische Praxis auszeichnet - und gegen all das, was faschistisches Bewußtsein und Praxis fördert. (Militanter) Antifaschismus kann deshalb nicht auf eine Auseinandersetzung zwischen Skins(Faschos) und Autonomen auf der Straße reduziert werden.

Nur wenn Antifaschismus mehr bedeutet, hat er die Chance, verkrustete Strukturen aufzubrechen und totalitäre Herrschaftsformen zu verhindern. Nur eine vielfältige antifaschistische Praxis, die alle Herrschaftsformen gleichermaßen angreift, kann sich aus der Defensive befreien und irgendwann mal zur Revolutionierung der Gesellschaft und der einzeln Menschen führen.



DOKUMENTATION

erklärung!
wir fordern alle menschen dieser stadt auf, den IMBISS THAS-
SOS nach der renovierung zu boykottieren!!!
es sind der freund, der vater, der bruder, der freund des freundes,
der nachbar, der IMBISSVERKÄUFER VON GEGENÜBER
- alle 4 bis 7 minuten wird in der brd eine frau vergewaltigt
- schätzungsweise 250.000 mädchen werden in der brd jährlich
von nahestehenden verwandten sexuell mißbraucht
- ca. 2,5 mio bundesdeutsche ehefrauen wurden von ihren
männern vergewaltigt
- jede dritte ehefraue wird körperlich mißhandelt
die zahlen und unsere eigenen erfahrungen zeigen es: es sind
nicht nur ein paar verrückte typen, sondern "ganz normale"
männer!
es sind der freund, der vater, der bruder, der freund des freundes,
der nachbar, der IMBISSVERKÄUFER VON GENGENÜBER
der rest der männergesellschaft (wieviele bleiben da noch als
rest) ignoriert das problem und schweigt oder rechtfertigt sol-
ches verhalten auch noch. so wird die frau zur täterin, die sich an-
geblich zu "aufreizend" verhalten hat. dabei ist es unwichtig,
wie frau sich verhält, allein ihr frausein stellt sie auf eine stufe
unter den mann, d.h. ihr wille muß gebrochen werden, sie hat
keinen eigenen willen zu haben, der den männern widerspricht.
zur rechtfertigung wird der mann zum bedauernsweren opfer
seiner, für ihn nicht mehr zu kontrollierenden triebe, stilisiert -
der schwanz und nicht der kopf regiert den mann. durch diese
sog. opferrolle von männern brauchen sie keine verantwortung
für ihre handlungen zu übernehmen, da die triebe sie "über-
mannt" haben. es geht den männern nicht nur darum frau
gewaltsam ihren sexuellen willen aufzuzwingen, sondern sie
wollen sie vor allem demütigen, ihren willen brechen und sie
"besitzen". vergewaltigung ist immer brutale, körperliche und
seelische erniedrigung von frauen und damit folter.
dabei sind vergwaltigung und mißhandlung nur der extremste
ausdruck männlicher gewalt und mißachtung von frauen. zur
alltäglichen realität von frauen gehören bspw. auch sexuelle
belästigungen, demütigungen und "anzügliche" bemerkungen
(auch sog. männerwitze). so sind gerade die gängigen klischees
in dieser patriarchalen und an zwangsheterosexualität orientier-
ten gesellschaft, in der frauen ihre sexualität an der des mannes
auszurichten haben, eine rechtfertigung von männergewalt.
dieses bild der sexualität wir in pornos, männermagazinen, aber
auch in den übrigen medien vermittelt und reproduziert. frauen
sind entsprechend der jeweiligen wunschvorstellung entweder
"nymphoman" oder "wollen erobert werden".
es gilt als "normal" und ist in dieser von männern dominierten
gesellschaft akzeptiert, daß männer den widerstand von zu-
nächst widerspenstigen frauen brechen. frauen werden "ge-
nommen", zum objekt degradiert - wo ist da noch der unter-
schied zu einer vergewaltigung? dies alles dient nicht nur dem
männlichen interesse an sexueller dominanz von männern,
sondern vor allem der sicherung von HERRschaft von männern in
dieser gesellschaft.
diese werden wir auf solche und viele andere arten immer
öffentlich machen und bekämpfen. wenn frauen von männern
sexuell mißhandelt und mißbraucht werden, liegt der grund
nicht bei ihnen. es ist wichtig, daß frauen in die öffentlichkeit
gehen und sich auf verschiedene arten und weisen gemeinsam
gegen diese gewalt zur wehr setzen.
männer haben kein recht auf den schutz ihrer intimität, solange
sie alltäglich die würde und integrität von frauen verletzen,
zerstören.
KEIN DATENSCHUTZ FÜR MÄNNER und für VERGEWALTI-
GER schon garnicht, damit sie sich nicht in der anonymität
verstecken können und weiterhin frauen bedrohen können.

IHR VERGEWALTIGER IM IMBISS THASSOS habt verschiedene frauen durch MEHRFACHE VERSUCHTE VERGEWALTIGUNGEN, anmache, angrapschen, anzügliche bemerkungen usw. verletzt.
deshalb haben wir den IMBISS THASSOS in der nacht vom 29. zum 30.5.91 besucht und unsere spuren dort hinterlassen, wo B. TAVERDI und H. MOKMEDIAN arbeiten und vergewaltigen.
gewalt gegen frauen ist nicht die ausnahme, sondern durchgängiges HERRschaftsprinzip. das heißt für uns, daß der kampf gegen persönlich erfahrene sexistische gewalt nicht zu trennen ist vom kampf gegen jede gewalt des systems.
der tag wird kommen, wo die frauen sich erheben...
aber nicht, ohne daß wir uns heute schon bewegen und zurückschlagen!



MIT MEINEM VATER STOSSE ICH AN

Ich weiß, daß du Sonntags, kurz vor dem Essen
sorgsam die alte Anrichte aufmachst
und ein Glas von dem Likör dir kredenzt,
den wir in guten alten Zeiten miteienander geteilt.
Und ich weiß, daß der Schluck keine Freude dir bringt,
der gute Tropfen nicht schmecken will,
denn manchmal erstickt der Schmerz
den Geschmack des Weins und des Tages Licht.
Aber du weißt, daß Unwetter zieht weiter,
und die trotzige Sonne scheint,
bedrohlich verdeckt durch die Wolke noch immer.
Deshalb weiß ich, ich kehre zurück in dein Haus,
an einem Sonntag, der im Kalender verzeichnet ist,
und trinke mit dir einen traumhaften Grappa.

Lesung mit MAURICIO ROSENCOF

aus: Memorias del calabazo
deutsch: Wie Efeu an der Mauer - Erinnerungen aus den
Kerkern der Diktatur

Zwei Comandantes der Tupamaros (M. Rosencof und E.F. Huidobro) - früher die stärkste Stadtguerillabewegung des südamerikanischen Subkontinents, heute eine legale politische Bewegung in Uruguay - legen in diesem Buch Zeugnis ab über ihre Erfahrungen in den Militärgefängnissen der Diktatur. Ihre Gespräche, die nach der Freilassung 1985 niedergeschrieben wurden, stellen ein einzigartiges historisches und literarisches Dokument dar. Es ist ein Beispiel militanter Liebe zum Leben und der immer neuen Behauptung der menschlichen Würde gegen die barbarische Härte der Repression.

21. Juni, 19.30 im Lumiere, Geismarlandstr. (Eintritt: 5.- DM)

Veranstalter: Theaterkeller und Buchladen Rote Str.

TERMINE

jeden 17ten des Monats Mahnwache, 19.00 Uhr
Dienstag, 18.6., ab 20.30 Uhr, Frauenkneipe im Kabale
Sonntag, 16.6.,Film zu Uruguay "Der unsichtbare Aufstand", 20.00Uhr T-Keller
23.6. WENN ICH EINMAL GROß BIN
Donnerstag,27.6., Solikonzert für Palästina und Kurdistan, Alte Mensa

MORDVERSUCH IN GIFHORN

Ein weiterer Mordversuch durch Faschisten:
Am Mittwoch, den 8. Mai, wurde Matthias von Neo-Nazis in Gifhorn angegriffen. Er war auf dem Weg zum Nachtangeln am Waldsee, wo er sich mit Freunden verabredet hatte. Dort feierten gleichzeitig eine Gruppe Faschisten einen "Kameradschaftsabend". Als die Nazis Matthias sahen, stürzten sie sich auf ihn und schlugen auf ihn ein. Zwei Faschisten, u.a. Christian Blauth, stießen ihn dann auf die stark befahrene B4 vor ein fahrendes Auto. Er wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in die medizinische Hochschule Hannover eingeliefert. Matthias war schon klinisch tot, aber nach mehrfacher Operation ist er inzwischen außer Lebensgefahr. Er wird allerdings wohl einen bleibenden Gehirnschaden davontragen.

Vertuschung und Falschmeldungen durch Bullen und Presse:
Die Bullen versuchten zunächst, den Vorfall als "normalen Verkehrsunfall" darzustellen. Drei Freunde von Matthias erstatteten daraufhin gegen die Nazis Anzeige. Der Nazi-Skin Christian Blauth wurde aufgrund von Augenzeugenberichten festgenommen und wegen versuchtem Mord in U-Haft gesteckt. Die Lokalzeitung "Gifhorner Rundschau" verniedlichte den Mordversuch durch einen sehr kleinen Artikel, in dem wichtige Fakten weggelassen wurden. Schon in der Überschrift wird der Eindruck erweckt, es sei ein ganz normaler Verkehrsunfall gewesen. In der FR erschien ebenfalls ein Winz-Artikel, die Kürze und die Ungenauigkeit wurden damit gerechtfertigt, daß die Bullen, trotz wiederholter Nachfrage, nicht bereit gewesen seien, über den Vorfall Auskunft zu geben. Es ist natürlich das Ding der FR, wenn sie ihre Informationen in erster Linie aus Bullenberichten bezieht, aber das selbst ihnen die extreme Auskunftsunwilligkeit der Bullen aufgestoßen ist, zeigt noch einmal deutlich, welch großes Interesse bei den Bullen bestand, diesen Mordversuch zu vertuschen. Durch die Öffentlichkeitsarbeit von AntifaschistInnen wurde das Geschehen trotzdem, zumindest in autonomen Antifa-Zusammenhängen über Gifhorn hinaus bekannt.

Eine Demo:
Daraufhin fand am Samstag, den 18.5., eine Demo "Gegen Nazi-Terror und für die antifaschistische Selbsthilfe" in Gifhorn statt. Sie war hauptsächlich von Leuten aus Braunschweig und Göttingen vorbereitet worden, in Absprache mit den wenigen Antifas aus Gifhorn. Die Vorbereitungen hatten so ausgesehen, nicht als geschlossener schwarzer Block aufzutreten, keine Aktionen aus der Demo heraus zu machen, aber falls Nazis auftauchen sollten, diese auf jeden Fall zu vertreiben. Es sollte in erster Linie darum gehen, die Leute durch Redebeiträge und Flugis über den Mordversuch zu informieren und Zusammenhänge aufzuzeigen. Es gab dann auch mehrere gute Redebeiträge, zur faschistischen Kontinuität speziell in Gifhorn, zum Zusammenhang von Faschismus und Frauenunterdrückung und zum faschistenfreundlichen Verhalten der Bullen nicht nur bei diesem Vorfall. Es ist allerdings fraglich, wieviel davon bei den Leuten außerhalb der Demo ankommen konnte (mal abgesehen von den üblichen Zweifeln, ob überhaupt eine Bereitschaft bei vielen besteht, sich bestimmte Sachen anzuhören), weil die Demo von Anfang an von einem dichten Bullenspalier eingekreist wurde und mehr einem Gefangenentransport ähnelte, was die Verbindung zu den Leuten außerhalb der Demo natürlich enorm erschwerte.

Die Bullen prügelten....
immer wieder auf die DemonstrantInnen ein. Mehrere Leute erlitten Kopfverletzungen. Es wurde zwar versucht, sich so gut es ging gegen die Bullen zu wehren, aber viele Leute, zumindest aus Göttingen, waren nicht auf ein dermaßen hartes Vorgehen der Bullen vorbereitet. Außerdem waren die Bedingungen auch denkbar schlecht: für viele eine fremde Stadt, keine Verankerung bei den Leuten, eine heftige Pressehetze im voraus gegen die Demo und letztendlich war die Demo ja eigentlich darauf ausgerichtet, den Leuten in Gifhorn etwas zu vermitteln und sich nicht mit den Bullen zu schlagen. Je länger die Demo dauerte, um so massiver versuchten die Bullen, eine Schlacht vom Zaun zu brechen und knüppelten immer öfter und derber auf DemonstrantInnen ein. Zu einer Massenschlägerei kam es dank der Zurückhaltung der DemonstrantInnen dann doch nicht, obwohl auch einige Besoffene (nicht aus der Demo) das wohl gern so gehabt hätten. Die meisten Leute aus der Demo waren dann auch ziemlich wütend und frustriert, daß das eh recht bescheidene Ziel der Demo durch die Brutalität der Bullen mehr oder weniger verhindert worden war. Außer dem Zeigen unserer Empörung und vielen Verletzungen hat das Ganze nichts gebracht. Trotzdem war es für die Antifas aus Gifhorn, die eh enorm schwierige Bedingungen haben, bestimmt gut, in dieser Situation unterstützt zu werden. Allerdings hätte die Demo unter diesen Umständen (im "Gänsemarsch", permanent auf Tuchfühlung mit prügelgeilen Bullen) ruhig etwas abgekürzt werden können. Drei Stunden waren doch arg lang...

Organisatorisches:
Dieses Faltblatt wird in 5-7wöchigen Abständen herausgegeben. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens brauchen wir Geld. Wir dachten da an reichlich Spenden oder an Förderabos - wer ein Förderabo einrichten will, zahle das Geld aufs unten angegebene Konto ein (soviel er/sie will) und schreibe einen Brief an:
Nestbeschmutz
c/o Buchladen Rote Str.
3400 Göttingen
und die Zeitung wird immer pünktlich im Briefkasten landen.
Damit die Zeitung aktuell ist, brauchen wir auch Informationen über Vorfälle in Göttingen und Umgebung. Wir bitten alle, die von Skinheads oder anderen Nazis in irgendeiner Weise angemacht, bedroht oder angegriffen wurden, uns ein kurzes Gedächtnisprotokoll der Vorfälle zukommen zu lassen. Gleiches gilt für Zusammenstöße mit der Polizei und für andere Dinge, die Euch wichtig erscheinen. Die Berichte auch im Buchladen Rote Str. abgeben.
Spendenkonto:
Sparkasse Göttingen, BLZ 26050001, KontoNr. 125200675,
P. Gertz, Stichwort: Nie vergessen